



Ausschuss für Schule und Bildung

75. Sitzung (öffentlich)

17. Juni 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:35 Uhr bis 16:00 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkt:

Die Lehrerfortbildung zeitgemäß und passgenau weiterentwickeln 3

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7763

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

* * *

Die Lehrerfortbildung zeitgemäß und passgenau weiterentwickeln

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7763

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzende Kirstin Korte: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie im Namen des Ausschusses für Schule und Bildung herzlich hier im Plenarsaal. Dieser Gruß gilt selbstverständlich für die Damen und Herren Sachverständigen hier im Saal und im Stream. Ebenso gilt er den Damen und Herren, die heute als Gäste an unserer Veranstaltung teilnehmen. Schön, dass Sie den Weg in den schönsten Raum des Landtags gefunden haben. Wir hoffen, dass Sie einen Erkenntnisgewinn haben werden, den wir als Abgeordnete uns von Ihnen, verehrte Damen und Herren Sachverständige, ebenfalls erhoffen. Wir sind sicher, dass das klappen wird.

Ich weise auch heute wieder darauf hin, dass wir uns an die Vorschriften des Pandemiestabs zu halten haben. Demzufolge sitzen wir hier in großem Abstand zueinander und haben die Möglichkeit genutzt, eine Sachverständige per Livestream zuzuschalten. Da die Sitzung im Livestream übertragen wird, haben auch all diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die heute hier nicht präsent sein können, die Möglichkeit, unsere Diskussion von zu Hause aus zu verfolgen.

Ich möchte Sie darüber informieren, dass wir uns wie immer in den Anhörungen des Schulausschusses darauf verständigt haben, dass wir keine Eingangsstatements von Ihnen erbitten. Falls gewünscht, können Sie gegen Ende ein maximal dreiminütiges Abschlussstatement abgeben, wenn es Ihnen wichtig sein sollte.

Wir haben uns ferner darauf verständigt, dass pro Fragerunde jede Fraktion eine Frage stellen kann, die dann auch direkt von Ihnen beantwortet wird. Das hat den Charme, dass es einfach aktueller und schneller ist und nicht eine relativ große Anzahl von Redebeiträgen abgewartet werden muss, bevor Sie antworten können.

Des Weiteren haben wir uns darauf verständigt, dass wir als Kollegen möglichst präzise Fragen ganz klar an eine, zwei oder maximal drei Personen adressieren, sodass es für Sie einfacher ist, zu verfolgen, ob Sie angesprochen wurden oder nicht.

Ich bitte herzlich darum, in Ihren Antworten möglichst präzise zu sein. Ich denke, das bringt uns alle in eine bessere Diskussion miteinander.

Frank Rock (CDU): Liebe Sachverständige, schön dass Sie da sind und dass wir über dieses sehr wichtige Thema der Lehrerfortbildung sprechen können.

Ich würde gerne eine Frage an Sie, Herr Professor Dr. Gnahs, stellen. Sie waren im Auftrag des Ministeriums für Schule und Bildung mit beauftragt, eine Evaluation der Lehrerfortbildung in NRW zu erstellen. Bitte fassen Sie für uns und all die, die vielleicht

nicht Ihre Zusammenfassung gelesen haben, die wesentlichen Erkenntnisse zusammen: Welche Schwächen weist die Lehrerfortbildung in NRW derzeit auf?

Prof. Dr. Dieter Gnahs (Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Berufs- und Weiterbildung): Wir haben auf der Basis einer größeren Erhebung, die QUA-LiS durchgeführt hat, und sonstiger Gutachten und wissenschaftlicher Erkenntnisse, die es in der Welt gibt, diese Expertise erstellt. Die Quintessenz ist relativ schnell wiedergegeben: Das System der Lehrerfortbildung in Nordrhein-Westfalen ist suboptimal und reformbedürftig.

Das fängt bei den Strukturen an, die vergleichsweise unübersichtlich sind. Als wir das erste Mal ein Struktogramm bekamen, wurde direkt auf den ersten Blick gesagt: Das kann so nicht sein; das ist überkomplex und kann so nicht förderlich sein. Bei der Frage der Bedarfsfeststellung gibt es ebenfalls größere Probleme.

Es stellen sich auch Fragen hinsichtlich der Datengrundlage: Diese Evaluation ist eigentlich sehr loblich, aber wir haben keine statistische Grundlage gehabt, mit der wir etwas anfangen konnten. Ich fand es vergleichsweise peinlich, als in der Pressekonferenz nach der Übergabe des Gutachtens die Journalisten direkt die naheliegende Frage stellten, wie viele Lehrer in Nordrhein-Westfalen eigentlich Fortbildungen machen. Das konnte der Staatssekretär nicht beantworten, weil er die Daten dazu nicht hat.

Deshalb haben wir sehr dringend und als eine der ersten Maßnahmen – wir haben das auch in der Stellungnahme für die heutige Anhörung wiedergegeben – angemerkt, dass die Datengrundlage verbessert werden muss, damit überhaupt politische Steuerung möglich ist. Das sollte möglichst schnell passieren.

Hinzu kommen noch Fragen hinsichtlich der zeitlichen Beanspruchung durch Fortbildung. Ich selbst komme aus der Weiterbildungsforschung – unsere Expertengruppe war multidisziplinär zusammengesetzt –, und ich war an manchen Stellen schon irritiert. Warum muss Fortbildung immer mittwochs stattfinden? Warum darf sie nicht länger als bis 16:00 Uhr dauern? – Das ist für mich befremdlich.

Die Kollegen in unserer Expertengruppe, die eher etwas mit Schulen zu tun hatten, haben bestätigt, dass das offensichtlich kein nordrhein-westfälisches Phänomen ist. Da muss man etwas flexibler sein. Ich sage immer: Lehrer sind Führungskräfte. Sie werden so bezahlt und haben so eine Ausbildung. Dann sollen sie sich auch so verhalten.

Dann haben wir bei der Didaktik noch Probleme. Die Veranstaltungen sind, auch wegen dieser besagten Zeitkontingentierung, vergleichsweise kurz und damit ineffektiv. Ich habe zur Vorbereitung auf diese Sitzung etliche Gutachten und Untersuchungsberichte durchgelesen. Sie alle kommen zu dem Ergebnis, dass sogenannte One-Shot-Veranstaltungen für die Katz sind. Das könnte man auch lassen; dann hätte man mehr davon. Wir haben diesen Umstand beschrieben und die Forderung bzw. Empfehlung abgeleitet, dass derartige Veranstaltungen durch andere Formate ersetzt werden sollen.

Dabei sollte man auch die unterrichtsfreie Zeit verstärkt einbeziehen. Auch das ist eine Forderung, bei der ich weiß, dass sie nicht bei allen auf lebhaftere Freude stößt. Ich bin da aber etwas unvoreingenommener und sage es einfach.

Davon, dass sozusagen ein Wechsel von Fortbildung und Unterricht stattfinden muss, haben mich die Kollegen überzeugt. Auch Fortbildung während der Unterrichtszeit ist in der Schule also notwendig. Dann gibt es zwar Unterrichtsausfälle, aber das ist wegen des Formats wohl notwendig.

Ein weiterer Punkt, der auffällig war, ist, dass das System ein bisschen um sich selbst kreist. Es geht um Lehrer, und die Lehrer werden administriert von Lehrern in den Bezirksregierungen, in den Ministerien usw. Deswegen haben wir die Empfehlung gegeben, dass dieses in sich selbst ruhende System von außen irritiert werden soll. – Ich überspitze das jetzt. Sie wollten ja klare Ansagen haben; dann bekommen Sie sie auch.

Das heißt, dass man auch die Schüler verstärkt einbeziehen sollte. Damit gibt es übrigens gute Erfahrungen. Das Schulgesetz verlangt dies im Prinzip auch, weil die Schüler zu verantwortungsvollen Staatsbürgern und nicht zu Lakaien und Untertanen erzogen werden sollen. Die Erfahrungen damit, Schüler mit einzubeziehen, sind sehr erfreulich. Natürlich muss das immer jahrgangsgemäß geschehen. Ein Grundschüler muss anders angesprochen werden als ein Oberstufenschüler.

Wir haben aber auch gesagt, dass andere Externe, also die Universitäten, die den ersten Teil der Lehrerbildung ohnehin verantworten, verstärkt in den dritten Teil einbezogen werden sollen. Das würde vielleicht auch bessere Verknüpfungen beider Systeme ermöglichen. Gleichzeitig ist es ein anderer Zugang, weil Forschung so sehr unmittelbar an die Lehrer und an die Schulen gebracht wird.

Wir haben auch gesagt, dass Schulbuchverlage und auch die Weiterbildung, die zu einem Teil durchaus einschlägig tätig ist, einbezogen werden sollen. Die Weiterbildung ist in Nordrhein-Westfalen für den zweiten Bildungsweg verantwortlich und hat dort riesige Erfahrungen. Sie bringt Leute, die aus dem Schulsystem gefallen sind, noch mit großen Erfolgen auf Kurs, sie macht Elternbildung und kann dabei auch mit der Schule eng kooperieren. Das wären mögliche Vorzüge, die das System dann hätte.

Wir glauben also, dass es hilfreich ist, ein bisschen Frischluft in das System zu bringen.

Ansonsten begrüßen wir, dass diese Themen, die ich eben angesprochen habe, aufgenommen wurden. Was wir nicht verstanden haben, ist, warum Sie als Fraktion noch einmal einen Prüfantrag an die Landesregierung geben. Die hat doch alles schon in der besagten Pressekonferenz so auf den Weg gebracht.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ja! Sehr gut!)

Der Bezug zur aktuellen Situation hat außerdem ergeben, dass das Thema „Digitalisierung“ heißer denn je ist. Wir haben in unserem Gutachten angesprochen, dass die Lehrerfortbildung auch digitale Formate übernehmen soll. Denn die beste Übung für den Lehrkörper ist, es am eigenen Leibe zu erfahren. In Anbetracht der Gefahr, dass wir bisher noch nicht den letzten Lockdown hatten, müssen wir zusehen, dass die Lehrerschaft beim Thema „Lehrerfortbildung“ in die Lage versetzt wird, die Gerätschaften

und entsprechenden Formate zu bedienen, dass sie medienpädagogisch fit ist usw. – Es sind andere Kollegen hier, die dazu besser etwas sagen könnten als ich.

Von daher würden wir nicht einen Prüfauftrag formulieren, sondern eher einen Handlungsauftrag. Im Kern sind es diese beiden Themen, die man auch schnell umsetzen kann: Das Schaffen einer Datengrundlage für das Monitoring und eine Offensive bei der Digitalisierung, die nicht erst in einem halben Jahr startet, sondern jetzt.

Das war jetzt zwar unwissenschaftlich, aber ich bin auch ein Bürger dieses Landes und würde es mir so wünschen.

Franziska Müller-Rech (FDP): Herzlichen Dank an die Sachverständigen, dass Sie heute hier sind und uns unsere Fragen beantworten. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Professor Gnahs, an Herrn Palm und an Herrn Willert. Ich möchte auf die Bedarfsermittlung abstellen.

Wir haben auf der einen Seite Schulen, die ganz bestimmte schulische Bedarfe haben, ihre Lehrkräfte mit Kompetenzen auszustatten, die ihnen ganz konkret vor Ort an dieser speziellen Schule und in dieser speziellen Situation helfen. Auf der anderen Seite stehen natürlich auch Ansprüche, die im Grunde landesweit für jede Lehrkraft gelten und die wir als Politik allgemein formulieren können. Sie haben das Beispiel der Digitalisierung schon genannt. Der Umgang mit digitalen Lernformen und generell die digitale Transformation in unseren Schulen und in der Inhaltsvermittlung in den Schulen ist ein Thema.

Wie könnte es gelingen, eine Bedarfsermittlung zu erstellen, die beides miteinander kombiniert, die also zum einen die konkreten Bedarfe vor Ort, die schulspezifisch oder auch lehrkraftspezifisch sind, berücksichtigt, und zum anderen die Ansprüche, die wir an alle Lehrerinnen und Lehrer im Land stellen?

Prof. Dr. Dieter Gnahs (Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Berufs- und Weiterbildung): Wir sind der Meinung, dass es ein legitimer Anspruch des Staates ist, Anforderungen an die Schulen zu stellen. Das haben wir im Gutachten auch deutlich gemacht.

Wir haben aber auch deutlich gemacht, dass es notwendig ist, mit den Schulen und den Betroffenen in einen Dialog zu treten und die Bedarfe nicht von oben herab zu verfügen, sondern in guter Tradition gemeinsam zu ergründen. Es wäre eine Aufgabe einer Neuorganisation des Fortbildungssystems, diese Dialoge besser zu organisieren, sodass beide Seiten ihre legitimen Interessen einbringen können. Dann wird es letztendlich vielleicht eine gemeinsame Plattform; eine gemeinsame Fortbildungsanstrengung, die unternommen wird.

Lothar Palm (LVR-Zentrum für Medien und Bildung, Medienberatung NRW): Sie haben zwei Themenbereiche angesprochen, die es zu klären gilt. Ich würde zunächst auf den zweiten Bereich zu sprechen kommen.

Sie haben gesagt, es müssten Systeme geschaffen werden, wie die Lehrer einheitlich unterstützt werden können, und bestehende Systeme müssten betrachtet werden. Ich bin der Meinung, ganz elementar ist hier, dass wir die Vielfalt im Lande, wie sie in dem Gutachten angesprochen wurde und wie wir sie auch im täglichen Alltag in Schule immer wieder erfahren, bündeln, aber auch dazu beitragen, eine zentrale Unterstützungskultur bereitzustellen. Herr Professor Gnahs, Sie haben es schon erwähnt: Es muss irgendeine zentrale Plattform geben, auf der Lehrerfortbildung stattfinden kann.

In Ihren einleitenden Worten haben Sie außerdem gesagt: Wenn wir uns so umstrukturieren wollen, dass wir ortsunabhängig Lehrerfortbildungen machen, dann sind genau diese Strukturen notwendig. Hinsichtlich Lernplattformen und Unterstützungssystemen hat sich insbesondere in Zeiten von Corona gezeigt, dass ein über den schriftlichen Austausch weit hinausgehender Bedarf besteht. Auch heute haben wir mit der Zuschaltung von Frau Weisband eine Videokonferenz. Die letzten Monate haben gezeigt, dass wir diese Formate zentral ausbauen müssen. Damit können wir orts- und zeitunabhängiger arbeiten, als es aktuell der Fall ist.

Im zweiten Teil Ihrer Frage sprachen Sie die Bedarfsermittlung an. Sie haben in diesem Zusammenhang erwähnt, dass es auf der einen Seite natürlich bildungspolitische Steuerungsprozesse gibt, die es einzuleiten gilt, auf der anderen Seite müssen wir die Vielfalt der Schulen abbilden.

Eine solche Bedarfsanalyse ist angesichts von 6.200 Schulen eine sehr große Aufgabe. In dem Expertengutachten wird sehr deutlich, wie breit man eine solche Bedarfsanalyse aufstellen muss, um alle am Prozess Beteiligten auch zu hören. Nur so können wir aber, denke ich, in letzter Instanz eine wirkliche qualitative Weiterentwicklung der Lehrerfortbildung erwirken.

Um zeitnah zu agieren, ist es sicherlich notwendig, diese Bedarfsanalyse sehr breit aufzustellen, um alle Beteiligten so erfassen zu können, dass wir zu belastbaren Daten kommen. Die ersten Schritte werden aktuell schon getätigt, indem sich alle Beteiligten zusammensetzen und austauschen. Das ist ein ganz wesentlicher Schritt.

Harald Willert (Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e. V.): Hinsichtlich der Bedarfsabfrage ist es natürlich vollkommen richtig, dass wir landesweit überhaupt keinen Überblick haben. Von daher kann auch nicht reagiert bzw. gesteuert werden.

Vielleicht sollte man auch mal einen Grund dafür nennen. Natürlich ist es so, dass das Ganze im operativen Geschäft auf fünf Bezirksregierungen verlagert ist. Von dort muss die Steuerung ausgehen, und wie das im Moment aussieht, ist im Gutachten deutlich nachzulesen. Ich stimme zu, dass diese Bedarfsanalyse wirklich mal gemacht werden sollte.

Die Bedarfsabfrage in den individuellen Schulen haben wir ja tatsächlich schon verankert. Die Schulen sind gezwungen bzw. aufgefordert, eine Fortbildungsplanung für ihre Schule zu machen. Sie soll an ihren Bedarfen als Organisation ausgerichtet sein und nicht unbedingt an den Bedarfen Einzelner.

Dies zu verbinden, zu vermitteln und im Auge zu haben, ist das eine. Was ich aber auch erwähnen möchte und nicht zu niedrig hängen möchte, sind die individuellen

Bedarfe von Kolleginnen und Kollegen. Ich bitte in diesem Zusammenhang darum, zu beachten, dass wir die Studiengänge verändert haben. Die Studiengänge enthalten sehr viele Praxisteile, die aber an vielen Universitäten in einer relativen Unverbindlichkeit ablaufen. Wir haben eine verkürzte Ausbildung in der zweiten Phase, und die Lehrerinnen und Lehrer berichten über immer mehr Themen, die über ihre Fachlichkeit hinausgehen. Dabei geht es nicht nur um allgemeine Erziehungsthemen, sondern auch um Themen wie „Digitalisierung“ oder „Inklusion“. Sicher fällt Ihnen noch das eine oder andere weitere Thema ein.

Das bedeutet für uns, dass Lehrerinnen und Lehrer eigentlich mit einem gewissen Mangel in ihre Laufbahn gehen und damit vom ersten Tag nach der Ausbildung an, also direkt nach der zweiten Phase, einen Bedarf mitbringen. Zu wünschen wäre, dass die Kolleginnen und Kollegen dies für sich individuell erkennen. Daran hapert es auch ein bisschen. So groß ist die Bereitschaft nicht, sich fortbilden zu lassen. Sie sollten dann aber auch die Möglichkeit des Zugriffs auf die Dinge haben, bei denen sie selbst das Gefühl haben, dass sie noch mit relativ wenigen Kenntnissen in die Schule gekommen sind, bzw. bei denen die Schule erst aufzeigt, dass sie dort einen Bedarf haben.

Jochen Ott (SPD): Auch von meiner Seite herzlich willkommen. Schön, dass Sie da sind. Ich habe in der ersten Runde eine Frage an Herrn Professor Gnahs, an Herrn Professor Huber und an Herrn Willert. Wahrscheinlich sind das unterschiedliche Perspektiven.

Was so erfrischend und klar von Ihnen formuliert worden ist, trifft ja auf die Realität in Nordrhein-Westfalen. Wir haben auf der einen Seite QUA-LiS und einen ideologischen Kampf um QUA-LiS in den letzten 15 Jahren – ob das nun nötig ist oder nicht. Frühere Politiker in diesem Landtag haben es mal als Kadenschmieden bezeichnet, und es wurde mal abgeschafft, dann wieder eingeführt usw. Auf der anderen Seite haben wir in der Zwischenzeit auch in den Bezirksregierungen die Struktur der Dezernate 46.

Herr Gnahs, Sie haben vorhin einleitend gesagt, dass Sie sich das Organigramm angesehen haben, und Sie haben gesagt: Das kann schon nichts sein. – Insofern wäre meine erste Frage an alle Beteiligten bezogen auf die Umsetzung: Welche Ressourcen haben wir im System, und wie müsste eine zentrale Koordinierung aussehen, damit es in Ihrem Sinne funktionieren kann?

Nach Ihrem Gutachten – als klar war, dass es kommt, kam ja auch dieser Antrag, der uns heute hier zusammenführt – war abzusehen, dass es auf Widerstand trifft. Denn egal, wie man es macht und wie man es neu organisiert: Man grätscht bei Leuten rein und nimmt ihnen Verantwortung. Wie viele Ressourcen stecken eigentlich in diesem System, und wie müsste man sie aus Ihrer Sicht umorganisieren, damit man von einem sinnvollen Instrument reden kann, über das Lehrerfortbildung in Zukunft besser organisiert werden kann?

Prof. Dr. Dieter Gnahs (Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Berufs- und Weiterbildung): Wir hatten einen Organisationsentwickler in unserer Gruppe, der unter unserer Beteiligung formuliert hat, dass

eine zentrale Instanz aus seiner Sicht dringend erforderlich ist. Das haben Sie aufgegriffen, und ich finde in einigen Stellungnahmen wieder, dass das sinnvoll ist. Gleichzeitig braucht ein Land mit der Größe Nordrhein-Westfalens auch eine dezentrale Struktur. Dazu haben wir den Vorschlag gemacht, dass es fünf bis acht regionale Zentren seinen sollten.

Wir haben diese Fallstricke, die Sie beschreiben, ebenfalls vorausgesehen. Es gibt für einige dieser Institutionen etwas zu verlieren, für andere gibt es etwas zu gewinnen. Das ist der klassische Aufmarsch für Kampf und Streit, und am Ende wird es nur Verwundete geben. Dann ändert sich vielleicht gar nichts.

Deswegen haben wir vorgeschlagen, dass ein Organisationsentwicklungsprozess unter externer Leitung durchgemacht werden sollte, nach Möglichkeit mit einem Unbeteiligten, der nicht in einem nordrhein-westfälischen System verankert ist und dadurch parteiisch sein könnte oder der mal irgendwo gewesen ist, von wo er alte Interessen mitbringt. Das sollte möglichst unbeschwert vonstattengehen.

Dieses Vorgehen ähnelt ein bisschen dem Ansatz, den ich vorhin bei der Digitalisierung angesprochen habe. Man muss versuchen, die Ideen zu bündeln und zu einer gemeinsamen Sache zu kommen. Man darf allerdings, wenn dies nicht gelingt, auch nicht sagen, dass wir warten, bis alle der Meinung sind, dass etwas gemacht werden soll. Dann werden wir nämlich nie von der Stelle kommen. Dann muss man auch einfach mal entscheiden und in den Konflikt gehen.

Ich glaube, es wird einfacher, in den Konflikt zu gehen, wenn man eine neutrale Instanz hat, die diesen Prozess moderiert und alle Stimmen aufnimmt. Am Ende präsentiert sie ein Ergebnis nach bestem Wissen und Gewissen, und das ist dann erst einmal der Ausgangspunkt für die politischen Entscheidungen. Dass es dann immer noch Streit geben kann, ist mir vollkommen klar, aber so könnte erst einmal der Weg dorthin sein.

Wir haben auch kein Konzept dazu, wie es im Detail aussehen soll. Das wäre auch etwas viel gewesen. Wir haben nur einige Eckpunkte gesetzt: eine zentrale Instanz, Regionalisierung, alles deutlich weniger und weniger komplex als jetzt, Nutzung von EDV. Dazu gehört auch das Schaffen von Datenbanken – auch für die Bedarfsanalyse –, wie wir es im Gutachten vorgestellt haben und wie es beispielsweise in Thüringen gemacht wird. Zugegebenermaßen hat Thüringen nur etwa 2 Millionen Einwohner; das ist eine andere Größenordnung als in NRW. Dennoch ist die Idee übertragbar.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung): Herr Ott, Sie haben gefragt, was auf der Habenseite steht. – Es gibt meiner Meinung nach viele engagierter Lehrer, die das machen wollen. Was denen aus meiner Sicht aber komplett fehlt, ist ein Ziel. Ich habe nirgends irgendwie erkennen können, in welche Richtung die Fortbildungsentwicklung eigentlich gehen soll; was eigentlich das Ziel ist. Ich war Gutachter in Bezug auf Inklusion, wo mir dies besonders auffällt. Ich vermute, in der Digitalisierung wird es ähnlich aussehen.

Das heißt, wir haben da einen Haufen von engagierten Lehrkräften, die gerade völlig unkoordiniert aus einem gefühlten Bedarf heraus und überhaupt nicht evidenzbasiert Fortbildungen anbieten – das, was sie gut können.

Was man eigentlich ändern müsste, könnte ich gar nicht im Detail sagen. Was wir aber auf jeden Fall brauchen, ist eine Zielrichtung. Wir brauchen eine Art Kapitän auf hoher See, der erst einmal versucht, eine gewisse Struktur, einen Kurs vorzugeben, wo die Reise eigentlich hingehen soll. Erst dann können wir eine inhaltliche Ausrichtung vorgeben.

Ich habe es in meinem Gutachten geschrieben und würde es auch immer wieder so sagen: Was wir brauchen, ist nicht nur eine Person oder eine Landesregierung, die in erster Linie einfach politische Ziele vorgibt, sondern wir brauchen Expertinnen und Experten. Wir brauchen ein Gremium, das sich aus ganz verschiedenen Gruppen zusammensetzt, die die Köpfe zusammenstecken und über lange Zeiträume hinweg versuchen, eine Vision für die Lehrkräftefortbildung zu entwickeln. Das finde ich in der derzeitigen Konstitution bzw. Architektur der Lehrkräftefortbildung überhaupt nicht wieder.

Das heißt, wenn ich es entwickeln müsste, würde ich erst einmal versuchen, eine Gruppe zusammenzustellen, die sich aus Wissenschaft, Praxis und verschiedenen angewandten Feldern zusammensetzt, die dann erst einmal evidenzbasiert eine Richtung vorgibt. Im zweiten Schritt können wir dann über die Architektur reden, wie das Ganze aufgebaut werden soll. Aber das wäre für mich erst einmal nachgelagert.

Harald Willert (Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e. V.): Ich kann meinen Vorrednern eigentlich nur zustimmen. Die entscheidende Formulierung ist dabei für mich: von außen. Wir brauchen eindeutig Leute, die dieses in sich ruhende System zwar in sich ruhen lassen, sie sollen aber darauf schauen, was da eigentlich ruht. Vielleicht können Sie auch mal die Frage stellen, was das alles eigentlich kostet und dann Menschen holen, die wirklich ohne jede Vorbelastung einen Blick darauf werfen können – bei all dem, was Sie an Zwietracht und Eintracht vermuten und was da noch kommen. So, wie es jetzt wirkt, ist das System zu teuer; denn es kommt zu wenig dabei heraus.

Die Menschen, die in dem System arbeiten, werden teilweise auch noch verwirrt bzw. sie werden nicht klar geführt. Damit fängt es an. In Nordrhein-Westfalen spürt man in den Fortbildungsstrukturen die Führung nicht, und man erkennt vor allen Dingen nicht, wohin es gehen soll. Das irritiert auch die Menschen, die sich mitunter als zufällig darin arbeitend empfinden.

Ich würde meinen Vorrednern also zustimmen: einen Anfang machen, der ganz von außen kommt, und der das, was diese Arbeitsgruppe im Sinne der Analyse geleistet hat, mit weiterer Analyse und mit ersten Ansätzen fortsetzt.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herzlichen Dank für Ihre schriftlichen Stellungnahmen und dafür, dass Sie heute die Zeit gefunden haben, hier zu sein. – Ich möchte gerne daran anschließen, dass vorhin gesagt worden ist, dass wir natürlich eine systematische Entwicklung, eine andere, durchdringende Aufstellung brauchen. Wir sind aber im Augenblick trotzdem in der Situation, dass ganz bestimmte Fortbildungsbedarfe auf dem Tisch liegen. Wir sind in einer Situation, in der wir vielleicht auch im nächsten Schuljahr noch Präsenz- und Fernunterricht neu kombinieren müssen.

Häufig wird Fortbildung als Add-on von Bausteinen begriffen. Für Lehrkräfte ist es dann häufig so, dass sie sich zum Beispiel mit Heterogenität im Unterricht beschäftigen, dann kommt auch noch Inklusion dazu, dann kommt die Digitalisierung hinzu. Was müsste man in einer kurzfristigen Strategie auf den Weg bringen, damit nicht nur daran gearbeitet wird, wie man mit einem Videokonferenz-Tool umgeht, sondern auch daran, wie guter Unterricht in Präsenz- und Fernunterrichtsanteilen gelingt? Was sind die Bestandteile, die sehr gebündelt und sehr konzentriert bereits in den Sommerferien und Anfang des nächsten Schuljahres angeboten werden müssten?

Dann kommen noch die mittelfristigen Strategien hinzu. Wir sind in einer sehr ambivalenten Situation, dass sehr schnell wieder Fortbildungskapazitäten und Ressourcen aufgerufen werden müssen, und wir müssen möglichst viel verbinden. Dazu würde ich gerne Herrn Professor Gnahs, Herrn Professor Huber und Frau Weisband befragen.

Prof. Dr. Dieter Gnahs (Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Berufs- und Weiterbildung): Ich habe bei meinem ersten Wortbeitrag zwei Punkte bereits als essenziell benannt. Das eine war die kurzfristig zu realisierende Offensive in Sachen digitaler Fortbildung. Das müsste eigentlich in den Sommerferien passieren; denn wir müssen davon ausgehen, dass Unterricht selbst dann, wenn es halbwegs so bleibt, wie es jetzt ist, in alter Form in diesem Jahr wahrscheinlich nicht mehr stattfinden kann. Wir müssen darauf gefasst sein, dass es unter Umständen auch noch zweite und dritte Infektionswellen gibt. Es wäre tragisch, wenn wir dann unvorbereitet wären.

Das macht alle anderen Themen nicht nachrangig, aber im Moment kann man sagen: Ohne Digitalisierung ist alles nichts.

Der zweite Punkt ist, dass ich mir wünschen würde, dass man mit der Datenerhebung sofort beginnt. Das halte ich für die politische Steuerung für unabdingbar. Die Idee, die Sie genannt haben, hier auch langfristig etwas vorzubereiten, ist sicherlich auch sinnvoll, allerdings haben wir die nötige Diskussionszeit – man muss ja mit mindestens einem Jahr rechnen – im Moment nicht, sondern es geht um ein Sofortprogramm.

Ich würde nicht so weit gehen wie Herr Macron und sagen, dass wir jetzt im Krieg sind, aber so etwas Ähnliches ist es schon. Es ist ein Nothilfeprogramm nötig. Und das kann man mit Zielen verbinden, die wir vorher auch schon hatten. Die Digitalisierung steht ja nicht erst seit vorgestern auf der Tagesordnung, sondern schon lange. In der Coronakrise hat sich eine lange Mängelliste gezeigt, und deswegen ist es dringend nötig, gegenzusteuern. Das ist meine feste Überzeugung.

Diese beiden Punkte würde ich nennen. Man muss nicht zu viele Prioritäten setzen; dann wären es nämlich keine mehr. Bei beiden Dinge würde ich mir wünschen, dass sie sehr bald stattfinden würden.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung): Frau Beer, Sie haben „sofort“ gesagt. Wenn ich es richtig verstehe, geht es da um August und September. Das ist natürlich sehr kurzfristig.

Ich würde eine Sache, die mir grundsätzlich bei der derzeitigen Architektur auffällt, zuerst nennen. Was ich zurzeit erkenne, wenn ich das System von außen betrachte: Es ist ein Bottom-up-System. Das heißt: Ganz viele Lehrkräfte werden immer wieder aufgefordert, fleißig wie Bienchen irgendwelche Konzepte zur Digitalisierung zu machen und sie ganz schnell umzusetzen. Dann kommt unter Umständen schon wieder etwas anderes, und sie müssen wieder ein neues Konzept machen. Unternehmerisch gedacht, ist das eigentlich das Verbrennen von Personal und vor allen Dingen von Investitionen in der Schule.

Wenn ich Verantwortung hätte und hier etwas Substantielles leisten wollte, dann würde ich von außen her Konzepte entwickeln, die man quasi als Basismodul nehmen kann, um sie im Unterricht nutzen zu können, sodass den Lehrkräften eine Vorgabe gemacht wird, was handhabbar ist, was mit dem Datenschutz vereinbar ist, welche Möglichkeiten es gibt. Es ginge also darum, eine Vorgabe zu machen, auf deren Basis die Lehrkräfte zwei oder drei Dinge auswählen können, um sie im nächsten Schritt vielleicht auch etwas erweitern zu können. So muss nicht überall wieder von vorne angefangen werden, und es müssen nicht Dinge, die an der einen Schule schon geklärt wurden, an der nächsten Schule wieder geklärt werden. Ich würde also empfehlen, relativ schnell kleine und griffige Pakete zu bauen.

Marina Weisband (politik-digital e. V.): Ich halte das Papier mittel- und langfristig absolut für den Weg, der beschritten werden muss. Allerdings fehlten mir darin zwei Aspekte, die eine Antwort auf die kurzfristige Situation gäben.

Was jetzt kurzfristig gebraucht wird, ist, zu verhindern, dass die Digitalisierung verstanden wird als: Wie nutze ich ein paar digitale Tools? Denn analoger Unterricht ist digital nicht eins zu eins abzubilden. In diese Falle tappen Lehrer*innen tatsächlich bereits, indem sie zum Beispiel sagen: Ich kann die Aufgaben, die ich aufgabe, gar nicht mit einem ordentlichen Feedback versehen. – Das ist für Schüler*innen und Lehrer*innen frustrierend.

Was wir also in der Fortbildung leisten müssen, ist, die Bildung in die Digitalität zu bringen. Dafür gibt es schon wunderbare Konzepte. Auch kleine, handliche Konzepte, wie Professor Huber sie gefordert hat, gibt es bereits. Diese sind häufig bei Akteuren verankert, die gar nicht zentral in der Bildung aktiv sind, sondern bei Vereinen oder Jugendhackergruppen. Oder es handelt sich um einzelne Lehrer*innen.

Die Aufgabe besteht jetzt darin, diese Konzepte in die Breite zu tragen. Dafür sind zwei Faktoren wichtig. Einerseits brauchen wir eine strukturierte Einbindung von externen Anbieter*innen von Fortbildungen. Das bedeutet, dass die vielen, vielen Vereine, Universitäten und Forschungsgruppen, die Fortbildungen für Lehrer*innen anbieten, an die Schulen vermittelt werden. Im Moment werden die Schulen von einer Vielzahl unsortierter Angebote überschwemmt, von denen manche sehr sinnvoll sind, manche aber überhaupt nicht.

Die einzelnen Lehrer*innen können diese Unterscheidung gar nicht leisten. Hier braucht es deshalb vom Land eine zentrale Stelle, die helfen kann, sowohl die Qualität externer Fortbildungsanbieter*innen zu bewerten als auch zu diesen einzelnen Fort-

bildungen zu vermitteln. Diese Angebote wären schon fertig. Sie sind jetzt schon da und könnten in diesem Sommer laufen. Es bräuchte nur eine Kampagne, um sie zu vermitteln.

Das Zweite ist die Vernetzung der Lehrer*innen untereinander; derjenigen, die Dinge – sehr richtig – Bottom-up ausprobieren. Dafür, Digitalisierung in Schule Top-down zu entwickeln, haben wir einfach noch keine Konzepte. Das muss auch ein Stück weit ausprobiert werden.

Ansonsten gibt es aber wunderbare Konzepte, die bereits entwickelt wurden und die seit Jahren erfolgreich an Schulen eingesetzt werden. Dafür ist es aber wichtig, das Lehrer*innen landesweit, vielleicht auch bundesweit, die Möglichkeit erhalten, sich gegenseitig auszutauschen und informell im Peer Learning fortzubilden. Dafür gibt es aktuell – ganz akut in den letzten Wochen – den Hackathon #wirfürschule des Barcamp #Digitalität20, der sehr hohen Zuspruch erfährt, allerdings nicht ganz so breit rezipiert wird, wie ich es mir wünschen würde. Das Lehrerfortbildungssystem und auch die Landesregierung könnten sicherlich nachhelfen, solche Formate auch in NRW zu etablieren. Es braucht auch Freistellungsstunden für die Lehrer*innen, damit sie Zeit dafür haben, an so etwas teilzunehmen.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Ich möchte mich den Vorrednern anschließen und mich bei den Sachverständigen für Ihre Expertise und die Möglichkeit der Rückfrage bedanken. Meine erste Frage möchte ich gerne an Herrn Willert richten. Sie haben in Teil 2.b Ihrer Stellungnahme über das wichtige Thema der Qualität von Fortbildung gesprochen. Das ist gerade bei Frau Weisband ja auch ein bisschen angeklungen. Sie schreiben dort ein wenig verklausuliert, aber vielleicht gerade deswegen so schön:

„Ein Qualitätsanspruch ist umso schwerer zu erfüllen, wenn die Auswahl von FB-Personal nicht von nachvollziehbaren Kriterien begleitet wird, sondern oft von zufälligen Personalkonstellationen abhängt.“

Dazu möchte ich gerne fragen – vielleicht kann Herr Professor Huber sich da auch anschließen, weil Sie gerade bereits in die Richtung argumentierten –: Wie könnte eine vernünftige Qualitätssicherung aussehen? Was wären zukunftsweisende Fortbildungsexpertisen?

Harald Willert (Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e. V.): Meine Praxiserfahrung – allerdings aus vielen Jahren – ist, dass eine gewisse Zufälligkeit herrscht. Dem Personal, das aus der Lehrerschaft für Fortbildungen herangezogen wird, ist nicht klar, warum es dort ist. Das ist einfach so. Es kommt darauf an, dass unter anderem Schulaufsichtsbeamte oder eine Schulleitung sagt: „Ich habe da diese und jene Kraft, die dieses und jenes besonders gut macht; die könnten wir für Fortbildungen gut gebrauchen.“ Diese Lehrkraft wird dann angefragt, und wenn sie guten Mutes ist, macht sie es. Dann wird ausgehandelt, zu welchen Bedingungen.

Dasselbe kann man auf allen Ebenen machen. Letztendlich entsteht der Eindruck – ich möchte etwas vorsichtiger sein als in meiner verklausulierten Aussage in der Stellungnahme –, dass man oftmals vonseiten der hierarchischen Struktur froh ist, wenn

man jemanden hat, der etwas anbietet. Den hält man erst einmal fest, und solange es noch irgendwie angenommen wird, schiebt man es ein, bis zum Beispiel eine Berechtigung verloren geht.

Ein ganz konkretes Beispiel – Sie kennen das alle – sind die Kolleginnen und Kollegen, die zu Zertifikatskursen angefragt werden. Es ist typischerweise so, dass diese in der Regel bis zum Abwinken in den Kursen bleiben, und solange es keinen Protest massiver Art gibt – selbst der wirkt nicht immer –, bleiben sie dort. Die Behörde sagt in dem Fall: „Toll; den Zertifikatskurs Mathe in der Sekundarstufe I haben wir abgedeckt; da können wir im nächsten Jahr wieder einen Kurs machen, falls wir das sollen.“

Das heißt, es gibt aus meiner Sicht wenig Überprüfung, ob etwas Sinn macht oder nicht. Schon beim Eingang ist das nicht der Fall. Denn bei jemandem, der vielleicht etwas gut im Fach Englisch kann und es auch gut den Schülerinnen und Schülern vermitteln kann, stellt sich immer noch die Frage, ob er das auch in der Erwachsenenbildung kann und ob er es mit den geeigneten didaktischen Herangehensweisen in Bezug auf Lehrerinnen und Lehrer und den Schulbedarf kann.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung): Meine Antwort ist zweigeteilt. Das eine, was man machen müsste, ist, ein Curriculum vorzugeben, damit man überhaupt klar weiß, in welche Richtung es gehen soll. Das habe ich vorhin aber schon gesagt.

Dann würde ich – das geht, denke ich, in dieselbe Richtung wie bei Herrn Willert – einen Blick darauf werfen, ob die Trainer optimal für ihre Aufgabe vorbereitet werden. Ich denke, was da zurzeit läuft, ist noch optimierbar. Vor allen Dingen, wenn ich an den Paradigmenwechsel denke, den Herr Gnahs vorhin schon angedeutet hat – weg von dem One-shot, hin zu einem organisatorischen Schulentwicklungsprozess –, bedeutet dies letztendlich auch, dass man Formate nach dem Motto „Train the Trainer“ ganz anders ansetzen muss, als man es bisher getan hat. Das Coaching müsste also stärker betont werden.

Was ich außerdem noch aufnehmen würde, ist die Schulpsychologie – eine Ressource, die die Landesregierung in den letzten Jahren sogar etwas ausgeweitet hat. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine ausgezeichnete Schulpsychologie, die im Bereich der Fortbildungen sehr versiert ist. Sie kann auch Teile mit übernehmen und viel entlasten – insbesondere bei den Themen „Train the Trainer“ und „Supervision“. Das wird allenthalben schon angeboten, spielt aber, soweit ich es erkennen kann, in den Überlegungen der Landesregierung bisher überhaupt keine Rolle. Diese Ressource bleibt also mehr oder weniger ungenutzt.

Frank Rock (CDU): Das waren schon viele interessante Punkte. Professor Dr. Gnahs hat dargestellt, dass er an einem Teil des Prozesses beteiligt war. Ich kann mich daran erinnern, dass die Landesregierung diesen Prozess nach Übernahme der Regierungsverantwortung angestoßen hat. Wir haben festgestellt, dass beim Thema „Fortbildung“ im Grunde über Jahre hinweg nichts passiert ist. Dieser Prozess, an dem Sie in der Evaluation mitgearbeitet haben, ist im Grunde genommen der Auslöser für die jetzige Landesregierung gewesen, zu sagen, dass etwas geändert werden muss. Jetzt müssen

wir zusehen, dass wir relativ zeitnah und gerade mit Blick auf die Coronakrise Dinge umstrukturieren. Da bin ich dankbar für Ihre Hinweise.

Fakt ist: Sie sprechen alle davon, Daten aufzunehmen. Die Kompetenzzentren und Verlage bieten alle schon Fortbildungen an. Wir brauchen eine Bestandsaufnahme, welche Kollegin und welcher Kollege in die Fortbildungen geht. Sie haben auch schon das Thema der Pflichtfortbildungen und der Fortbildungen in der unterrichtsfreien Zeit angesprochen. – Ich vermute, wenn ich gleich Frau Deimel etwas dazu fragen würde, hätte sie einen anderen Blick darauf.

Mir wäre wichtig, das Thema „Monitoring“ noch in den Blick zu nehmen. Wir haben bereits Fortbildungen, Sie haben aber festgestellt, dass hier ein Bedarf besteht. Welche Informationen müssen Ihrer Ansicht nach erfasst werden? Was sind die geeigneten Mechanismen, um das besser zu machen? Wo müssen wir also ansetzen? Denn die Themen – Migration, Inklusion, Digitalisierung – gibt es ja schon. Sie sind nicht neu, wobei ich beim Thema „Digitalisierung“ immer sehr vorsichtig bin.

Es gibt ja zwei Arten von Digitalisierung. Erstens geht es darum, wie das Thema methodisch und didaktisch im Unterricht umgesetzt wird – Präsenz versus Lernen auf Distanz. Zweitens geht es darum, wie Geräte beim Lernen auf Distanz genutzt werden. Ich selbst sehe es als Pädagoge immer so: Das Gerät muss hilfreich sein, es muss aber nicht im Mittelpunkt des Lernprozesses stehen.

Ich möchte also an Herrn Willert und Herrn Gnahs die Frage stellen: Welche Informationen brauchen wir, um hier noch etwas besser zu werden?

Harald Willert (Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e. V.): Diese Frage habe ich mir bei der Vorbereitung auf die heutige Sitzung und auf meine Stellungnahme auch schon gestellt. Ich bin eigentlich zu keiner guten Antwort gekommen, weil ich wirklich nicht gesehen habe, wo man ansetzen kann. Es wäre ja möglich, stichprobenhaft zu schauen, in welchen Organisationsteilen man welche Auskünfte über das tatsächliche Angebot und dessen Nutzung erhält, aber es ist, glaube ich, so weit gestreut, dass diese Stichproben wenig Ertrag brächten. Ich bin hier etwas ratlos.

Ich würde neben dem ersten Auftrag, den die Landesregierung an Sie gegeben hat, vielleicht auch noch den Auftrag geben, etwas differenzierter hinzuschauen und in die Strukturen hineinzugehen. Vielleicht könnte das auch schon mit der Bereitschaft verbunden sein, diese Strukturen zu hinterfragen. – Leider kann ich Ihnen keine konkretere Auskunft geben.

Prof. Dr. Dieter Gnahs (Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Berufs- und Weiterbildung): Wir haben im Gutachten schon konkrete Tabellenköpfe vorgeschlagen. Das können Sie dem Anhang des Gutachtens entnehmen. Wir haben aber auch gesagt – hier schließe ich an Herrn Willert an –, dass man von Zeit zu Zeit, wie zu Beginn der Legislaturperiode auch schon geschehen, eine flächendeckende Evaluation anstrengt und bei einzelnen Themen auch etwas in die Tiefe geht. Ressourcen gibt es in NRW zur Genüge. Die Universitäten haben die nötige Forschungskapazität und würden auch gerne so etwas machen.

Vorab müsste allerdings politisch noch spezifiziert werden, was diese Fortbildungspflicht, die im Gesetz steht, bedeutet. In § 57 des Schulgesetz heißt es, dass jede Lehrerin und jeder Lehrer zur Fortbildung verpflichtet ist. Aber was heißt das? Muss das einmal im Jahr geschehen? Einmal im Leben? – Das ist unbestimmt.

Die erste Aufgabe wäre daher beispielsweise, dass man wie auch in der Wirtschaft sagt, dass im Jahr eine bestimmte Anzahl an Fortbildungsstunden geleistet werden muss. Ein weiteres System, das vielleicht noch eine andere Ebene hätte, die von Ihnen möglicherweise kritischer gesehen wird, wäre so etwas wie ein Weiterbildungspass. Jede Lehrerin und jeder Lehrer bekäme einen Pass, in dem alle Weiterbildungen eingetragen werden. Dieses Dokument könnte beispielsweise bei Beförderungen usw. den Unterlagen beigelegt werden, und man hätte gleichzeitig auch einen Nachweis darüber, wie man den Pflichten aus § 57 nachgekommen ist.

Voraussetzung ist aber eben, dass das Ganze spezifiziert wird. Sonst könnte jeder sagen: Ich lese mal ein Buch, und dann ist meine Fortbildungspflicht erfüllt. – Im Moment ist es sehr unbestimmt.

Die fundamentalen Zahlen, sodass man wüsste, wie viele Personen in den unterschiedlichen Formaten Fortbildungen zu unterschiedlichen Themen absolviert haben, wären politisch schon äußerst spannend. Wie viele Lehrkräfte haben zum Beispiel im Jahr 2019 an inklusionsbezogenen oder migrationsbezogenen Fortbildungen teilgenommen? – Dazu gibt es keine Zahlen. Politisch stochern Sie da im Nebel.

Deshalb ist es wichtig, die Statistiken, die wir angedacht haben, zu erstellen. Dazu könnte man eine Arbeitsgruppe einrichten – vielleicht gibt es auch schon eine im Ministerium –, die sich damit beschäftigt. Da kann man relativ schnell handeln, weil ziemlich naheliegt, was man erheben muss. Ausbauen kann man es immer noch.

Franziska Müller-Rech (FDP): Ich möchte ein Thema vertiefen, das vorhin schon angeklungen ist. Dazu möchte ich eine Frage an Frau Deimel, Herrn Willert und Herrn Professor Gnahs stellen.

Mir geht es noch einmal um den Blick von außen bzw. die Expertise von außen. Wir gehen ja quasi schon mit gutem Beispiel voran, indem wir Sie heute eingeladen haben – das nur als kleiner Scherz.

Ich bin der Meinung, dass schulexterne Akteure in der Lehrerfortbildung einen ganz wichtigen Impuls bieten können. Könnten Sie bitte vertiefen, wie Sie die externen Akteure in der Zukunft der Lehrerfortbildung verankert sehen? Wo sind vielleicht auch Grenzen und Hürden?

Anne Deimel (Verband Bildung und Erziehung NRW): Ich möchte zunächst noch auf die zuvor gestellte Frage zurückkommen, weil hier ein bisschen das Bild entsteht, Lehrkräfte machten keine Fortbildungen. Wir haben im Land NRW das System FBON. Jede Schule ist verpflichtet, sämtliche Fortbildungen, die einzelne Lehrkräfte machen, dort einzutragen. Die Fortbildungsplanung liegt in den Schulen vor. Das ist Teil des Schulprogramms. Warum wird das für solche Auswertungen nicht genutzt?

Das Ganze ist nicht an Namen gebunden, aber zu den Namen gibt es das weitere System, dass jede Fortbildung bescheinigt wird – sei es als Kollegiumsfortbildung oder als Fortbildung für eine Einzellehrkraft. Es ist guter Brauch, dass diese Dinge in die Personalakte kommen. Ich weiß, dass es manchmal nicht so gehandhabt wird, man könnte aber noch einmal darauf hinweisen

Diese Dinge gibt es also. Einige Lehrkräfte machen unheimlich viele Fortbildungen, und zwar nicht nur bis 16:00 Uhr und auch nicht ausschließlich in der Schulzeit. Problematisch ist eher die Unübersichtlichkeit der Angebote.

Ich bin überzeugt: Wenn man sich FBON genauer ansähe, würde man erkennen, dass die Schulen in den Schulformen dringend Fortbildungen in den systemischen Bereichen, in den Bereichen der Schul- und Unterrichtsentwicklung suchen. Ein riesengroßes Problem an den Schulen mit enormem Lehrkräftemangel ist aber, dass Lehrkräfte für Fortbildungen, die während der Schulzeit stattfinden, nicht freigestellt werden können, weil man nicht weiß, wie man sonst den Unterricht durchführen soll. Das muss man im Hinterkopf haben, und weil das bisher noch nicht gesagt wurde, möchte ich es voranstellen.

Die Sachlage ist von den Schulen aus gesehen also eher andersherum. Jede Schule hat im Moment als Grundsatz zwei pädagogische Tage, an denen Schul- und Unterrichtsentwicklungsthemen in Fortbildungen erarbeitet werden. Die Erfahrung ist, dass das, was an Themen ansteht, vom Land nicht angeboten wird. Man sucht sich also jemanden von außen – freie Träger; Coaches –, und ich glaube, wenn man FBON aus diesen verschiedenen Perspektiven auswerten würde, würde man feststellen, wie es um die Lehrerfortbildung steht und welch hohes Potenzial vonseiten der Lehrkräfte vorhanden ist. Es wirkt im Moment wohl besser, wenn man es so darstellt, als wollten die Lehrkräfte das nicht. Das ist aber nicht so.

Ich komme jetzt zur Expertise von außen. Herr Huber hat in seiner Stellungnahme bereits auf die Universitäten und Hochschulen verwiesen. Wir denken, dass man das Gesamtkonstrukt betrachten muss. Wir sind der Meinung, dass an den Universitäten erst einmal die Metaebene abgearbeitet werden müsste: Welche Bildung wollen wir eigentlich für unser Land, in unseren Schulen und in unserer Gesellschaft?

Herr Rock hat es schon angesprochen: Da ist man ganz schnell bei Inklusion, Heterogenität, individueller Förderung, Integration und – im Moment – dem digitalen Lernen mit all seinen Facetten. Herr Huber hat es schon gesagt, und so sehe ich es auch: Wir brauchen eine Diskussion bzw. eine Vision, welche Bildung wir uns für unser Land vorstellen. Was soll die Grundlage dessen sein, was in den Schulen gelehrt und mit den Schülern entwickelt wird? – Damit wäre gewissermaßen ja auch schon Expertise von außen da.

Herr Huber hat auch schon die Gremien angesprochen. Die Akteure vor Ort müssen daran beteiligt werden; denn sie wissen genau, was ihnen im Moment – damit sind wir bei der von Frau Beer thematisierten Kurzfristigkeit – und was Ihnen auf Dauer fehlt und wie ihre Programme angelegt sind.

In viele Prozesse sind die Schüler noch nicht so sehr eingebunden. Es gibt große Potenziale in den Schulsystemen, die Schüler in diesen Gremien mit aufzunehmen.

Gesamtgesellschaftlich müssen die verschiedenen Gruppen abgedeckt sein. Behindertenverbände fordern die Förderung des digitalen Lernens gerade in dieser schwierigen Zeit immer wieder ein. Wir haben so viel Expertise. Herr Willert hat gesagt, dass wir natürlich jetzt nicht alles einreißen können, aber so, wie das System aktuell ist, läuft es nicht.

Das System ist ja für die Lehrkräfte gedacht, und diese sehen sich auf diesem Weg. Inklusion ist ein tolles Thema. Es gab für einige Schulen des gemeinsamen Lernens einen Inklusionstag mit Fortbildungen. – Da hätten Sie mal schauen können, wo diese Schulen gesucht haben und wo sie Fortbildungen zur Inklusion gefunden haben. Das ist Stückwerk. Anders kann man es nicht sagen. Sie haben jetzt diesen Inklusionstag, und der soll auch durchgeführt werden, und vielleicht sollen auch andere Kollegien beteiligt werden. Dann findet man zum Beispiel irgendwelche Angebote von freien Anbietern zum Umgang mit schwierigen Kindern, aber das ist Stückwerk.

Wo ist eigentlich die Basis? – Die Qualifikationen der Lehrkräfte sind sehr unterschiedlich, aber sie brauchen Fortbildungen im Basiswissen. In bestimmte Problemlagen kommen sie sonst gar nicht rein. Wie ist das, wenn Kinder im Rechnen schwach sind? – Würde man diese Kinder von Anfang an erkennen, rechtzeitig und schon gemeinsam mit den Kitas fördern und das Gesamtsystem sehen, würden viele von ihnen nicht verhaltensauffällig. Das könnte ich an verschiedenen Beispielen deutlich machen.

Das System krankt hier aktuell ein wenig. Es gibt verschiedene Institutionen, und von der Basis aus gesehen ist die Funktion von QUA-LiS überhaupt nicht klar. Wo ist QUA-LiS jetzt eigentlich angedockt? Kommt es direkt vom MSB? Ist es eigenständig? – Wir sehen nur: Es geht oft an den Bezirksregierungen vorbei.

Es gibt hier also einen riesengroßen, offenen Bereich. Man hat ja bei Herrn Huber schon gehört, dass es wunderbare Expertise von außen gibt, die man nutzen könnte. Ich plädiere aber nicht nur für eine reine Expertise von außen, sondern man muss die verschiedenen Gruppen im System mitdenken.

Und es geht nicht nur um die Lehrkräfte. Die Fortbildungen in den Schulen – da sind die Schulen vielleicht schon weiter als die Diskussion – umfassen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Offenen Ganztags, sozialpädagogische Fachkräfte und all die anderen Professionen, die es inzwischen an Schulen gibt. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in den Fortbildungsplanungen mitgedacht. In den Schulen finden Gremien statt. Darin sind auch Schüler und auch Eltern vertreten. Dennoch könnte man das ausweiten. Wir brauchen eine Neustrukturierung dieses Systems. Es funktioniert so vorne und hinten nicht – vor allen Dingen nicht an der Basis.

Harald Willert (Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e. V.): Ich kann mich meiner Vorrednerin weitgehend anschließen. Ich versuche, es mal abstrakt zu formulieren.

Ohne Außendienste geht es nicht. Wir brauchen auf jeden Fall eine fremde Expertise. Wie sollen Lehrer intern diese Expertise überhaupt herstellen, um in verschiedenen Themen in die Breite gehen zu können? – Das funktioniert nicht. Sie können natürlich

an bestimmten Stellen Expertise weitergeben und damit arbeiten. Gerade in Schulentwicklungsprozessen ist das sicherlich eine gute Begleitmusik; vielleicht ist es sogar die gestaltende Musik. Was wir aber für externe Angebote brauchen, ist eine klare Zielrichtung und im Grunde genommen so etwas wie eine Zertifizierung, damit die Anbieter von außen wissen, was sie bieten müssen bzw. was von ihnen verlangt wird. Gleichzeitig müssen die Schulen und muss die Schulstruktur erfahren, was angeboten wird. Das muss gesichert sein.

Frau Deimel hat es schon angedeutet: Diese Zufälligkeit, dass eine Schule zu einem bestimmten Thema eine ideale Person gefunden hat, die sie weiterbringt, muss überwunden werden. Man muss von diesem Status der Zufälligkeit wegkommen. Diese nötige Struktur betrifft die Themen, die Organisation, die Qualität der Angebote und auch Feedbackmöglichkeiten dazu, was geboten wird. Hier würde es helfen – das ginge meiner Meinung nach nur zentral/dezentral; zentral im Lande, aber auch dezentral in größeren Bereichen –, wenn gesammelt und vorgehalten würde und nicht die Schulen Dinge immer wieder suchen müssen und dann von Zufälligkeiten abhängig sind.

Das, was Einrichtungen von außen bringen, kann aus verschiedensten Ecken kommen. Es gibt private, freie Institute, die gute Arbeit leisten, wir haben wissenschaftliche Institute an den Universitäten, die gute Arbeit leisten, und mit Sicherheit gibt es im Weiterbildungsbereich noch viel mehr. Vielleicht müsste man ab und zu auch mal an die Expertise der zweiten Stufe der Lehrerbildung denken; denn diese Expertise kommt nicht automatisch in Fortbildungszusammenhängen der Schule vor. Das wird ganz klar getrennt. Es wird gesagt – und dazu wird auch angehalten –: Damit haben wir nichts zu tun. – Aber da ist doch Expertise für einige Dinge vorhanden.

Prof. Dr. Dieter Gnahs (Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Berufs- und Weiterbildung): Zur Frage nach der Organisation habe ich, denke ich, schon genug gesagt. Ich unterstütze, was meine beiden Vorredner gesagt haben.

In der Diskussion um die Qualität möchte ich darauf hinweisen, dass das Ziel letztendlich eine Verbesserung des Unterrichts und eine Erhöhung des Lernerfolgs sein muss. Lehrerfortbildung ist also ein dienendes Element und kein Selbstzweck. Das zu betonen, finde ich wichtig. Das ist das eigentliche Ziel, und deswegen ist es wichtig, dass genau diese Gruppe, um die es geht, eingebunden wird. Das ist aufgrund von § 2 des Schulgesetzes so, es ist aber auch für alle Beteiligten produktiv.

Frau Deimel, ich bin auch dankbar, dass Sie auf die Eltern hingewiesen haben; denn weil die Eltern aus ganz verschiedenen Berufen kommen, gibt es dort ein ganz anderes Know-how. In verschiedenen Unterrichtsinhalten kann auch das nutzbar gemacht werden. Jedenfalls habe ich bei meiner Tochter gesehen, dass es machbar ist, Elternexpertise in den Unterricht einzubeziehen.

Das Grundprinzip ist das, was auch Großbetriebe regelmäßig machen, und zwar ein sogenanntes Cross-Benchmarking. Der Metallbaubetrieb lädt zum Beispiel den Spar-

kassendirektor ein und fragt diesen, was ihm an der Organisation des Metallbaubetriebs auffällt. Der Sparkassendirektor hat darauf natürlich einen ganz anderen Blick.

Das ist es, was ich mit „Irritation“ meine. VW hat sich zu besseren Zeiten mal einen Theologen geleistet – er hat auch ein Buch über seine Arbeit dort geschrieben –, der nur irritieren sollte. Er sollte im Vorstand blöde Fragen stellen, damit die Vorstandsmitglieder auf ganz neue Ideen kommen. Das ist, übertrieben gesagt, im Grunde die Rolle des Harlekins im Mittelalter; ein Hofnarrenspiel.

In der Qualitätsdiskussion ist das eigentlich Standard. In der Schule vermisste ich es aber, und deshalb habe ich gesagt: „Die kochen ein bisschen im eigenen Saft.“ – Deshalb müssen Gärungsmittel mit hinein, die das Ganze ein bisschen aufmischen. Das ist auch im Interesse der Lehrerschaft. Ich glaube, die Lehrerinnen und Lehrer hätten auch Spaß daran, mit den Externen zusammenzuarbeiten.

Ich habe auf dem Weg hierhin noch eine Studie gelesen, in der es um Gesundheitsmanagement an Schulen geht – ein hochaktuelles Thema. Die Kollegin, die diese Studie gemeinsam mit einigen anderen Personen in Nordrhein-Westfalen durchgeführt hat – gefördert vom Gesundheitsministerium –, hat die Lehrer sehr stark überzeugen müssen, es gemeinsam mit den Schülern zu machen. Die Schüler waren sofort begeistert, dass sie endlich mal mitmachen und selbst etwas entscheiden können.

Am Ende – das muss man fairerweise sagen – waren auch die Lehrer begeistert. Aber es ist erst einmal eine Hürde. Ich kann das auch verstehen. Wenn man jahrzehnte- oder sogar jahrhundertlang die Rolle gewohnt ist, Chef im Ring zu sein, dann ist jedes Infragestellen schwierig – sozusagen im Habitus dieser Berufsrolle –, auch wenn das gar nicht so sein muss; denn es ist eigentlich ein Zeichen von Souveränität, wenn man Spielräume eröffnen kann. Ich glaube, das ist in allen Feldern, die wir insbesondere an Schulen haben, unabdingbar.

Ich habe vor etwa 20 Jahren mal einen Schulentwicklungsprozess in Hannover begleitet. Da ging es darum, dass ganz aktuell EDV ein Thema wurde und sich die Frage stellte, wie man Unterricht dazu macht. Es gab keine Lehrer dafür. Es gab vielleicht einen Mathematiklehrer, der es sich selbst beigebracht hat, weil er eine gewisse Affinität zu dem Thema hatte, aber das reicht natürlich vorn und hinten nicht. Ich habe dann den Vorschlag gemacht, man könnte doch ältere Schüler, zum Beispiel Oberstufenschüler, sozusagen als Hilfssheriffs einsetzen, weil sie in der Sache halbwegs affin waren. Das war damals undenkbar. Ich glaube, es ist heute noch genauso wie damals, als die Lehrer sagten, dass sie das so nicht machen könnten. Sie sagen: Wir können doch den Schülern nicht diese Rolle geben; das ist unsere Rolle!

Um noch einmal den Bezug zu Nordrhein-Westfalen herzustellen: Eine Vorgängerregierung unter Johannes Rau – in den 80er-Jahren oder noch eher – hat eine Kommission eingeleitet, wie Sie sie gefordert haben. Darin waren natürlich Pädagogen und Lehrer vertreten, aber auch Wirtschaftsvertreter – unter anderem der spätere Personalvorstand von VW, Professor Meyer-Dohm aus Bochum. Dort wurde ein Konzept namens „Haus des Lernens“ erarbeitet. Schule sollte ein Lernort für alle sein: für Erwachsene, für die Lehrer, für die Kinder, für die Eltern. Sie sollte ein Weiterbildungsort

beispielsweise für den Stadtteil sein – eine Vision, die sehr viel Resonanz gefunden hat, aber nie auch nur ansatzweise umgesetzt wurde.

In diese Richtung zu denken – auch das ist im Grunde der bereits angesprochene, verfremdende Effekt – wäre meiner Meinung nach hilfreich. Man könnte so an die Idee einer alten Landesregierung – wenn auch anderer Couleur, aber ich glaube, Johannes Rau ist auch parteiübergreifend akzeptabel – anknüpfen.

Jochen Ott (SPD): Eine bessere Überleitung hätten Sie gar nicht machen können. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich. Das ist über 25 Jahre her, aber es geht bei der Schule der Zukunft genau um die Fragen wie im Haus des Lernens.

Ich will den Wissenschaftlern, die heute hier sind, eines auf den Weg geben: In jeder der Anhörungen des letzten Jahres kommt irgendwann die Frage, die Sie alle beschrieben haben. Ich kann nur dafür werben, dass wir es gemeinsam auf den Weg bringen. Denn mir ist vollkommen klar: Auch bei so einem Prinzip wie der Lehrerfortbildung wird man als Volksvertretung Orientierung nur geben können – ich habe Herrn Huber sehr interessiert zugehört –, wenn man eine Dreiviertelmehrheit erreicht. Wenn man das mit 51 % macht, wird es gar keine Akzeptanz finden. Dafür ist unsere Gesellschaft zu stark zergliedert. Auch das ist ein Aspekt, der dafür spricht, es gemeinsam anzugehen.

Ich möchte eine Frage an Frau Deimel und Frau Finnern stellen. Dankenswerterweise wurde vorhin schon mal die Rolle des Buhmanns die Lehrer betreffend angenommen und gesagt, man müsse auch mal nach 16:00 Uhr zur Verfügung stehen usw. Ich möchte dazu die Lehrerverbände einbeziehen.

Meine Erfahrung – keine Sorge: Ich erzähle, auch wenn das abendfüllend sein könnte, keine Anekdoten aus meiner Zeit in der Schule, als ich diese Lehrerfortbildungen zweimal im Jahr mitgemacht habe – war, dass alle Kollegen, die eine Fortbildung mitgemacht haben, die sie persönlich bereichert hat, von Fortbildungen beseelt waren. Sie haben gesagt: Das ist ganz wichtig; es hat mir geholfen, weil ich mit Problemen besser umgehen konnte und meinen Unterricht besser machen konnte. – All diejenigen, die im Laufe der Jahre nicht so schöne Erfahrungen gemacht haben, haben gesagt: Das war ein Beschäftigungsprogramm; es waren keine Fachleute; es hat mir nichts gebracht. – Letztere haben nach und nach ein Bild erzeugt, das Fortbildungen problematisch sind.

Das führte dazu, dass es teilweise in Lehrerkonferenzen zur Vorbereitung auf und zur Abstimmung über die Fortbildungen massive Auseinandersetzungen über den Sinn und Zweck von Fortbildungen überhaupt gegeben hat. Fortbildungen als negatives Element sind mir jedenfalls in meiner beruflichen Laufbahn als Lehrer immer wieder begegnet.

Wir haben nun von Herrn Willert in der Stellungnahme gehört: 50 Euro pro Person liegen vor Ort für Fortbildungen auf dem Tisch. Wir haben das Problem, dass es aufgrund der vielen Herausforderungen und der Zufälligkeit manchmal – Frau Deimel, Sie haben die Schwierigkeiten bei der Expertensuche beschrieben – Vorbehalte gibt. Frau Deimel und Frau Finnern, wie kann man aus Ihrer Sicht die Begeisterung für

Fortbildungen steigern? Ist ein Pass- oder ein Punktesystem, das nicht nur hinsichtlich des persönlichen Erlebens, sondern vielleicht auch karrieretechnisch hilft, ein sinnvolles Instrument? Was muss geleistet werden, damit die Atmosphäre stimmt und Lehrerfortbildung anders angenommen wird?

Ich verbinde diese Frage mit dem Hintergedanken, dass wir als Politik egal welcher Couleur in den letzten 15 Jahren ständig irgendwelche Themen den Lehrern übertragen haben, die gesellschaftlich relevant waren. Wir haben gesagt: Kümmert euch mal darum; denn ihr seid nah an den Kindern dran. – Da ist häufig der Eindruck entstanden, dass die Politik diese Themen auf die Lehrkräfte abwälzt. Deshalb ist die Frage nach der Motivation der Lehrer für Fortbildungen aus politischer Sicht ziemlich zentral. Was sind aus Ihrer Sicht also motivierende Faktoren? Worauf müsste man achten?

Anne Deimel (Verband Bildung und Erziehung NRW): Vielleicht ist die Motivation sehr stark von einzelnen Schulen abhängig. Deshalb möchte ich vorausschicken, dass es unter anderem auch an der Schulleitung und dem Fortbildungsbeauftragten hängt. Deshalb muss man natürlich darauf achten, dass diejenigen, die an einer Schule für Fortbildungen zuständig sind, so geschult werden, dass sie alle Möglichkeiten ausschöpfen können.

Das Entscheidende haben Sie aber eigentlich schon gesagt: Fortbildung funktioniert dann in schulischen Systemen, wenn sie aus den Personen selbst kommt; wenn der Bedarf da ist. Das gilt zum einen für die persönliche Ebene. Ein Lehrer beschäftigt sich im Unterricht häufig mit Inhalten und Themen und erkennt, dass er sich an einer Stelle noch weiterbilden muss, weil er dazu zum Beispiel in der eigenen Ausbildung nicht geschult wurde. Dann schaut man gemeinsam, wo eine individuelle Fortbildung für ihn möglich ist.

Wenn man sich in einer Schule auf den geforderten und schon lange implementierten Weg der Schul- und Unterrichtsentwicklung gemacht hat – ich bin davon überzeugt, dass das in mehr Schulen in NRW der Fall ist, als man denkt –, dann entwickelt sich in den Schulen eine Eigendynamik. Das betrifft verschiedene Felder, die ich an einem fachlichen Beispiel aus der eigenen Schule deutlich machen möchte.

Bei Projekttagen ist es so, dass die Schüler selbst einbringen, wozu sie Projekttage machen wollen, und alles dazu gesammelt wird. Das ist auf jede Schule übertragbar. Dann wird darüber abgestimmt, wobei aber ein Thema herauskommen kann, zu dem ein Großteil des Kollegiums sich die Frage stellt, wie dieses Thema mit den Schülern umgesetzt werden soll. Damit sind wir schon bei der Schülerexpertise, die vor Ort durchaus genutzt wird, aber dann sind wir auch an dem Punkt, dass man sich überlegen muss, ob Fortbildungen für einzelne Lehrkräfte oder für das gesamte Kollegium gefunden werden müssen.

Dann ist der Bedarf da, und die Zustimmung zu den Fortbildungen ist hoch. Man hat ein Ziel, man möchte wunderbare Projekttage machen, und man hat ein Abstimmungsergebnis. Dann gibt es niemanden, der sich die Frage stellt, warum er an der Fortbildung teilnehmen muss und sich in das Thema einarbeiten soll. Alle im Schulsystem sind eingebunden, und die Fortbildung ist ein wichtiger Baustein dafür, dass die

Projekttag ein Erfolg werden. So erlebt man eigentlich selten, dass jemand die Fortbildung insgesamt infrage stellt.

Auf einer anderen Ebene befinden sich die Themen, die vom Land kommen. Sie sind einfach da. Das inklusive Lernen ist zum Beispiel sozusagen von oben auf die Schulen geregnet; plötzlich war es da. Auch da muss man aber sagen, dass enorme Bedarfe seitens der Kolleginnen und Kollegen selbst angemeldet wurden. Wenn sich ein Thema jedoch in den Lehrerkonferenzen, in Gesprächen, in Schulpflegschaften, in Schulkonferenzen entwickelt, wenn es von vielen getragen und nicht einfach übergestülpt wird – nach dem Motto: „Wir machen das jetzt mal, weil es sein muss“ –, dann gibt es dieses Motivationsproblem nicht.

Ich glaube, dass es heutzutage – im Jahr 2020 –, eher die Ausnahme ist, dass dann nur herumgemosert wird, sondern dass man schon gemeinsam schaut, wo Fortbildungen gemeinsam hinführen. Das stärkt den Teamgedanken in Schulen enorm. Vor diesem Hintergrund sehe ich es so, dass Fortbildungen eine riesengroße Chance sind. Deshalb müssen die Lehrkräfte, die Schulleitungen und die Schulen auch in die Gremien, weil sie genau wissen, wie es sich vor Ort entwickelt und wie sie es schaffen, eine Fortbildung zu integrieren, die im Unterricht effektiv ist und ankommt.

Für Schul- und Unterrichtsentwicklung – damit bin ich beim nächsten Punkt – ist aber nur an Schulen Zeit, die gut aufgestellt sind. Da geht es um Ressourcen – nicht nur personeller, sondern auch finanzieller Art. Ich will das gar nicht weiter ausführen, aber dieser Punkt ist schon entscheidend. Wenn eine Schule gut aufgestellt ist, hat sie einfach zusätzlich zu dem, was jeden Tag anliegt, mehr Kraft für Engagement und Motivation und zur Entwicklung eines in die Zukunft gerichteten Schulprofils und -programms.

Maik Finner (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband NRW):

Ich möchte mit der historischen Entwicklung beginnen, weil sie meiner Meinung nach wichtig ist für die Wahrnehmung von Fortbildung in Schule. Es wurde danach gefragt, wie man Motivation schaffen kann.

Alle von Ihnen, die in Schule waren, erinnern sich sicherlich daran, woran die Fortbildung letztlich bis heute krankt, und zwar an der Umstellung von der Angebotsorientierung auf die Nachfrageorientierung. Das hat die Schulen damals völlig unvorbereitet getroffen. Ich will damit nicht sagen, dass die Fortbildung früher super war, aber es gab Kataloge und ein System, in dem Schulen sich etwas aussuchen und auch Lehrkräfte sich entsprechend einordnen konnten.

Das ist von einem auf den anderen Tag umgestellt worden, was zu großer Verunsicherung in den Schulen geführt hat. Man sollte sich plötzlich, ohne vorbereitet zu sein, nachfrageorientiert überlegen, was man gebrauchen könnte. Ich bin ziemlich fest davon überzeugt, dass es daran bis heute krankt. Denn all das, was an Strukturproblemen genannt worden ist, ist für mich eine Nachwirkung dieser Umstellung damals. Sie ist natürlich inzwischen zum Teil zurückgedreht worden, sie wirkt aber noch nach.

Ganz wichtig ist: Gute Fortbildung kommt dann gut an und wird von den Lehrkräften wahrgenommen, wenn diese erfahren, dass sie wirksam ist. Als Beispiel zu wirksamer

Fortbildung: Wir waren damals in OWL Teil von „Selbständige Schule“. Da gab es ein riesiges Fortbildungsprogramm, das längst nicht allen Schulen zur Verfügung gestanden hat. Zum Beispiel gab es Fortbildungen für Steuergruppenmitglieder im Umfang von sechsmal zwei Tagen in einem Schuljahr. Das waren hochbezahlte Menschen, die das gemacht haben, und es waren richtig gute Fortbildungen. Die waren wirksam. Man kann über die Selbständige Schule sicherlich unterschiedlicher Meinung sein, aber die Fortbildungen, die in diesem Rahmen angeboten wurden, waren wirklich professionell. Das kann ich nicht anders sagen. Sie hatten eine hohe Wirksamkeit.

Ich meine, das Entscheidende ist, dass uns grundsätzlich klar ist, dass Lehrkräfte nach zehn Semestern Studium und 18 Monaten Referendariat nicht fertig sind. Fortbildung ist ein wirksamer Teil des weiteren Lebens als Lehrerin oder Lehrer. Das gehört zur Professionalisierung dazu; im Laufe eines Berufslebens kommen ja immer weitere Anforderungen dazu.

Dafür brauchen wir wirksame Fortbildungen. Und diese Fortbildungen brauchen, wie Frau Deimel schon angesprochen hat, Ressourcen. Dabei geht es zum einen um zeitliche Ressourcen; denn wenn wir sagen, dass es Teil der Arbeitszeit und des Professionsbildes von Lehrerinnen und Lehrern werden soll, dann muss es auch wirklich verankert sein. Es kann sich nicht darin erschöpfen, dass man zwei Fortbildungstage im Jahr hat, um dann zu schauen, was man für das zur Verfügung stehende Geld bekommt. Dann wird geschaut, wo vielleicht ein Bedarf besteht, ein Zusammenhang ist aber nicht unbedingt gegeben. Und eine Fortführung oder eine Wirksamkeit nach Hattie ist auch nicht gegeben, weil es völlig unterschiedliche, nicht nachhaltige Dinge sind.

Hier liegt meiner Meinung nach das Problem. Wenn wir es aber schaffen, nachhaltige Fortbildung grundlegend zu installieren, dann sehe ich überhaupt kein Problem darin, die Lehrkräfte zu motivieren, die Fortbildungen wahrzunehmen. Dann sieht man ja auch Erfolg und Wirksamkeit. Das muss gelingen.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich habe wirklich nicht den Eindruck, dass es im Moment keine massive Nachfrage nach Fortbildungen aus den Schulen gäbe. Das ist sehr deutlich zu vernehmen. Dann ist die Frage, wie es mit der strukturellen Einbindung aussieht und wie man diesen Punkt mit einer größeren Bedeutsamkeit versehen und in einer ganz anderen Art der Professionalisierung wirksam werden lassen und systematisch einbauen kann.

Wir haben vorhin schon darüber gesprochen, was in Digitalisierung notwendig ist und was da schon verfügbar. Ich fand die Anmerkungen von Frau Weisband zu den Erfahrungen aus Digitalisierungsprojekten mit Schülerinnenbeteiligung sehr interessant. Wie geht das mit Lehrkräften zusammen? Denn Schule ist ja eine Veranstaltung für die Bildung von Schülerinnen und Schülern. Hier kann es ein sehr gutes Zusammenwirken geben und offensichtlich auch eine ganz andere Art der Beteiligung und Zusammenarbeit. Es ergibt sich eine Win-win-Situation für Schülerinnen in der Beteiligung und in der Aktivierung sowie für Lehrkräfte, gemeinsam etwas anzugehen.

Es würde mich sehr interessieren, etwas mehr zu den Erfahrungen zu hören, wie so etwas angelegt werden kann. Frau Finnern und Frau Deimel, auch Schülerinnen und

Schüler müssen ja zum Teil lernen, mit digitalen Formaten umzugehen. Wir haben mit Frau Professorin Eickelmann ja schon häufig besprochen, dass es beim Lernen mit digitalen Medien nicht um das Wischen und das Klicken geht, sondern auch da braucht es Anleitung und Einführung in Prozesse. Wie bekommen wir das zusammen, um Medienkompetenz breiter aufzustellen? Denn das könnte ein Benefit für mehrere Gruppen sein.

Marina Weisband (politik-digital e. V.): Ich möchte mich zunächst noch bedanken, dass ich in dieser Form an der Anhörung teilnehmen kann – allein, um dieser meiner Meinung nach zentralen Debatte beizuwohnen, die mich an vielen Stellen sehr freut.

Ich glaube, dass der Kern, weshalb wir miteinander sprechen, auch darin liegt, dass die Rolle der Lehrerfortbildung sich stark geändert hat. Das hängt damit zusammen, dass das Paradigma von Schule sich geändert hat. In Zeiten der Digitalisierung ist Schule nicht mehr das Monopol von Wissen, und Lehrer*innen haben auch nicht mehr das Monopol von Erfahrung inne. Das ändert ihre Rolle.

Frau Beer, Sie haben nach meinen konkreten Erfahrungen gefragt. Ich selbst arbeite seit fünf Jahren in einem Schüler*innenbeteiligungskonzept. Ich leite das Projekt aula, das Schüler*innen mithilfe digitaler Mittel verbindliche Mitbestimmung an ihren Schulen erlaubt. Das mache ich erstens, weil demokratische Fähigkeiten an der Schule gestärkt werden müssen. Zweitens mache ich es, um Schüler*innen an den konstruktiven Umgang mit digitalen Medien zu gewöhnen. Der dritte Grund ist, ihnen eine Selbstwirksamkeit zu ermöglichen, die sie in einer Welt brauchen, in der sie mehr Macht und Verantwortung haben als je zuvor.

Was ich allerdings erlebe, wenn ich mit Schulen zusammenarbeite, ist, dass wir als Verein nominell in die Schulen kommen, um ein Beteiligungssystem zu installieren und zu begleiten, de facto aber sehr viel Organisations- und Schulentwicklung betreiben. Wir besprechen die Rolle der Lehrer*innen, die sagen, dass sie sich nicht wohl damit fühlen, mit einem Mittel zu arbeiten, in dem die Schüler*innen mehr Erfahrung haben als sie selbst. Sie fühlen sich nicht wohl damit, dass Schüler*innen etwas bestimmen können, worüber sie keine Kontrolle mehr haben – in einem Alltag, in dem sie ohnehin schon total überfrachtet und überarbeitet sind und versuchen müssen, ihren Stoff unterzubringen. An dieser Stelle wird ein Kontrollverlust befürchtet.

Ich finde, das sind alles sehr nachvollziehbare Argumente. Das heißt, dass wir daran arbeiten müssen, wie sich die Rolle der Lehrer*innen in einer digitalisierten Welt verändert, wenn Schule und Klassenräume sich öffnen, wenn immer mehr international gelernt wird und Fremdsprachen mithilfe von Muttersprachler*innen gelernt werden. Das verändert die Organisation, und während jedes mittelständische Unternehmen die Möglichkeit hat, sich Organisationsberater bzw. Unternehmensberater heranzuholen, die diesen Prozess mit ihnen gehen, haben wir an Schule noch sehr wenig strukturelle Begleitung dieses Prozesses. Ich glaube, dass die Lehrer*innenfortbildung ein zentraler Bestandteil dessen sein muss, weil der Rollenwandel Begleitung braucht.

Was ich in meiner Praxis erlebe, ist, dass die Nachfrage enorm ist und die Hilfe sehr dankbar angenommen wird. Wir arbeiten im Moment mit jeder Schule ein bis zwei

Jahre lang, bis so ein Beteiligungssystem gut verankert ist und läuft. Was wir erleben, ist, dass Schüler*innen als Ressource wahrgenommen werden und dies den Arbeitsalltag der Lehrer*innen massiv entlastet – auch da, wo Lehrer*innen es sich vorher schon gewünscht haben, es aber nicht strukturell umsetzen konnten.

Ich glaube daher ganz fest und möchte an dieser Stelle Herrn Professor Gnahs emphatisch zustimmen: Wir müssen Schüler*innen und Lehrer*innen stärker in den Prozess der Lehrer*innenfortbildung Involvieren. Das müssen wir nicht nur nominell tun, indem wir sie einmal in einer Umfrage einschließen, sondern tatsächlich durch Gremien, denen Schüler*innen angehören. Sie müssen Teil von Lehrer*innenfortbildung werden, weil Bildung nicht mehr so unidirektional funktioniert, wie sie vor 30 Jahren funktioniert hat.

Maika Finnen (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband NRW):

Die Frage zielte ja darauf ab, wie wir es relativ kurzfristig hinbekommen, die Digitalisierung in der Fortbildung auf den Weg zu bringen. Man muss sich klarmachen: Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein System mit 6.200 Schulen und knapp 200.000 Lehrkräften. Das ist ein riesengroßes System. Der Bedarf für Fortbildungen ist ebenfalls riesengroß. Die Nachfrage ist groß – insbesondere im Bereich der Digitalisierung. Wenn wir an die letzten Wochen und Monate zurückdenken: Mir fällt eigentlich niemand ein, der nicht nachgefragt hätte, woher man Unterstützung und Fortbildung bekommen kann.

Ich denke aber, dass es unrealistisch ist, es innerhalb eines Jahres zu schaffen. Es geht um so viele Personen, dass ich mir, ehrlich gesagt, nicht vorstellen kann, dass jede und jeder die Möglichkeit dazu bekommen kann. Was man aber meiner Meinung nach machen müsste, ist, zweigleisig zu denken. Auf der einen Seite geht es darum, schnellstmöglich dafür zu sorgen, dass Schulen bzw. Lehrerinnen und Lehrer Fortbildungsprozesse in Bezug auf das Lernen auf Distanz starten können. Was Frau Weisband gerade gesagt hat, ist ja ganz richtig: Für Lehrerinnen und Lehrer ist es ein enormer Rollenwechsel, wenn man sich darauf einlässt, zu sagen, dass wir jetzt in einer anderen Lernwelt leben als früher. Das Lernen auf Distanz bedeutet, etwas von dem loslassen zu müssen, was früher im Klassenraum üblich war, weil der Zugang jetzt ein ganz anderer ist. Auch diesen Rollenwechsel schafft man wohl nicht von heute auf morgen, sondern dass ist ein Change-Prozess, der etwas dauert und der etwas am Selbstverständnis von Lehrerinnen und Lehrern verändert.

Man muss also beide Dinge angehen: auf der einen Seite kurzfristig versuchen, zumindest Unterstützungsangebote in möglichst großer Zahl anzubieten, damit Lernen auf Distanz effektiv und sinnvoll auch im nächsten Schuljahr stattfinden kann, auf der anderen Seite den großen Prozess, den wir vorhin diskutiert haben, nicht außer Acht lassen – mit allem, was dazugehört.

Anne Deimel (Verband Bildung und Erziehung NRW): Zunächst würde ich sagen, dass dringend die Gelder, die offenbar überall vorhanden sind, in den Schulen ankommen müssen. Die technische Ausstattung der Schulen ist katastrophal. Viele Schulen sind jetzt beschimpft worden, dass sie kein digitales Lernen auf Distanz durchgeführt

haben, sie hatten aber gar nicht die Möglichkeit dazu, weil noch nicht einmal das WLAN funktioniert. Das ging dann ja vielleicht noch von zu Hause aus, aber mit der digitalen Ausstattung ist es wirklich schwierig.

Ich sehe es auch so, dass wir uns in einer Phase des Übergangs befinden. Das muss man ganz klar benennen. Das Entscheidende ist: Die Kinder und Jugendlichen können zwar die Geräte von zu Hause benutzen, wenn in der Schule nicht genug da sind, wir brauchen aber dringend Leihgeräte vor Ort für die Kinder, die diese Möglichkeiten nicht haben. Und wenn die Kinder zu Hause allein sind, hilft ihnen auch nicht unbedingt ein Leihgerät, sondern man muss sich genau überlegen, wie man noch weiter unterstützt, damit die Kinder einen Ort haben, um an diesem Lernen auf Distanz teilzunehmen.

Der zweite Punkt ist: In den Ferien plädiere ich sehr stark für freiwillige Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer und auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Offenen Ganztagschule im Umgang mit der digitalen Technik. Dadurch, dass Schulen überhaupt keine Ausstattung haben und sie auf Jahre auch nicht erwartet haben, weil ihnen die Kommunen gesagt haben, dass sie noch nicht an der Reihe sind, gibt es einfach Kollegien, in denen die Lehrkräfte nicht fit in diesem Bereich sind. Sie sind froh über Angebote vor dem neuen Schuljahr, um zu lernen, wie sie mit dieser Technik umgehen können. Ich sage, dass das freiwillig sein sollte, weil viele Lehrkräfte durch den privaten Bereich und vorherige Fortbildungen bereits fit sind und das einfach nicht brauchen.

Drittens. Wir brauchen eine Begleitung der Lehrkräfte. Wir haben es vom VBE schon häufiger angemerkt: Für das digitale Lernen auf der Basis von Pädagogik – hier geht es nicht nur um das Verschicken von Arbeitsblättern – braucht man eine innere Haltung. Lehrerinnen und Lehrer benötigen die Chance, in der Schule in der Gruppe deutlich zu machen, welche Befürchtungen sie haben. Das schließt an das an, was Frau Weisband gesagt hat: dass die Schüler gegebenenfalls mehr können. Sie müssen auch ihre Ängste äußern können.

Man erlebt immer wieder in Fortbildungen, wenn man zu einem Thema mehrere Stunden miteinander verbringt, dass viele dieses Feld nutzen, um Ängste und Befürchtungen zu äußern. Nur dadurch, dass man sie öffentlich mitteilen konnte, lösen sich diese Befürchtungen manchmal schon auf. Man merkt, dass sie wahrgenommen und nicht belächelt werden, sondern es wird versucht, Unterstützung zu bieten.

Auch in den Kollegien gibt es viele Kompetenzen in den verschiedenen Fächern, und ich habe es immer so erlebt, dass irgendeine Kollegin oder ein Kollege sagt: Wir sind doch ein Team; wir zeigen dir schnell, wie es geht, und wenn du eine Frage hast, kannst du zu uns kommen. – Dann ist dieses Thema schon nicht mehr so wichtig, aber diese Dinge äußern zu können, ist entscheidend, um überhaupt zu starten.

Zur Nutzung von Konzepten: Viele Schulen haben bereits sehr gute Medienkonzepte erarbeitet: zu Chancen und Risiken des digitalen Lernens, zur Stellung der Pädagogik usw. All diese Konzepte sind auf Grundlage des Medienkompetenzrahmen, den wir in NRW für alle Schulen haben, entwickelt. Da gibt es wahre Schätze.

Im Medienkompetenzrahmen gibt es ja diesen Überblick über die Kompetenzen, die Schüler brauchen, damit es nicht, wie Frau Beer schon gesagt hat, bei einem Klicken

und Wischen bleibt. Es gibt Konzepte, in denen genau darauf geschaut wurde, in welcher Jahrgangsstufe und in welchem Fach etwas passt, welche Kompetenzen aufeinander aufbauen und wie sie zu entwickeln sind. Das könnte man in der Zeit, die vor uns liegt, in der wir mehr auf das digitale Lernen auf Distanz angewiesen sein werden, wunderbar nutzen.

Herr Gnahs, es geht bis in die Grundschulen, dass Helfersysteme an den Schulen installiert sind. Grundschüler – gerade Dritt- und Viertklässler – können wunderbar Apple TVs anschalten und den Lehrkräften, die noch nicht so weit sind, die Verbindung aufbauen, die Tablets so einrichten, dass das Tablet der Lehrkraft Inhalte freigeben kann etc. Diese Systeme sind da, und sie müssen nur mehr in die Breite gebracht werden.

Ich sage immer: Jede Schule muss es für sich erarbeiten, und das braucht Zeit. Aber es ist extrem hilfreich, verschiedene Konzepte zu haben, anhand derer man sehen kann, in welche Richtung es für die eigene Schule gehen kann und was das ist, was zu den eigenen Kindern passt. Das hängt ja von ganz vielen Faktoren ab: Handelt sich um eine Schule mit vielen Kindern, die inklusiv beschult werden? Handelt es sich um eine Schule mit vielen Kindern, die Sprachschwierigkeiten haben? – Wenn man einen großen Fundus hat, kann man sich unterstützende Hilfen holen.

Wir stellen auch immer wieder fest, dass in den Kollegien eine Art Bewegung entsteht. Kaum jemand kann sich davon freimachen. Der Großteil der Kollegien möchte das Beste für die Schüler und den Beruf sehr gut machen. Und wenn die Lehrkräfte merken, dass sie beim digitalen Lernen und dem Lernen auf Distanz von der Gruppe getragen werden, dann reißt das mit und setzt Kräfte und Motivation frei. Dann ist die Technik letztendlich das kleinste Problem.

Zu nennen ist außerdem LOGINEO. In der Zeit der Coronapandemie haben wir festgestellt, dass die Schulträger eigene Systeme für die Schulen wie Lernplattformen und Messenger-Dienste angeschafft haben. Das entwickelt sich jetzt wieder zurück. Es ist so, dass Schulen Manches, was an anderen Schulen gut gelaufen sind, nun auch anschaffen wollten. Mit dem Hinweis auf LOGINEO werden ihnen diese Dinge aber nicht mehr bezahlt. Wir haben aber viel mehr als 900 Schulen in NRW. Auch das muss man beachten.

Abschließend: Das Entscheidende beim digitalen Lernen und beim Lernen auf Distanz ist, die Beziehungsarbeit zu den Kindern und Jugendlichen zur Grundlage zu machen. Das muss immer vorangestellt werden. Wie schaffen wir es, innerhalb des Lernens auf Distanz Gruppenarbeit zu organisieren? Wie können die Kinder untereinander kommunizieren? Wie schaffen wir es, den persönlichen, unterstützenden und stärkenden Kontakt zur Lehrkraft zu gewährleisten? Das ist entscheidend. Wenn die Beziehungsarbeit nicht funktioniert, dann hilft die ganze Technik nicht.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Meine Frage richtet sich an Frau Finnern und an Herrn Willert. Ich möchte erst einmal rein deskriptiv ein Phänomen beschreiben, das Ihnen sicherlich auch schon begegnet ist. Zu jedem größeren internationalen Fußballturnier trifft man plötzlich sehr viele selbsternannte Bundestrainer. Während des Pandemie-

geschehens hatten wir es plötzlich mit sehr vielen Virologen zu tun. Ganz zuletzt begegneten einem selbst an der Supermarktkasse ganz viele Menschen mit selbsternannter Schulrechtsexpertise.

Diese sehr laienhafte Case-control study würde ich gerne an Sie zurückspiegeln. Gibt es tatsächlich einen vermehrten Bedarf bezüglich des Schulrechts – auch außerhalb der Leitungsebene? Um die Frage ein bisschen zu öffnen: Wie hat sich im Zuge dieses Pandemiegeschehens der dahin gehende Fortbildungsbedarf geändert? Welche neuen Anfragen gibt es vonseiten der Lehrerschaft?

Maïke Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband NRW): Der eine große Bedarf, der sehr deutlich geworden ist und hier auch schon mehrfach diskutiert wurde, betrifft die Themen „Digitalisierung“ und „Lernen auf Distanz“. Das ist in den letzten Monaten wirklich sehr deutlich geworden. Da gibt es einen riesengroßen Bedarf.

Ansonsten muss man auch ein bisschen nach den Gruppen differenzieren, für die man sich Fortbildungen ansieht. Rechtliche Dinge wie das Schulrecht sind sicherlich eher im Bereich der Schulleitungen anzusiedeln als im Bereich der Lehrkräfte. Das bedeutet nicht, dass man da nicht auch noch etwas machen könnte, aber ich glaube, der Grundbedarf besteht eher in den Leitungsfunktionen.

Wichtig ist, zwei Ebenen im Blick zu haben. Auf der einen Seite muss man sehen, dass die Schulen sehr unterschiedlich weit in ihren inhaltlichen Konzepten und ihrer Aufstellung sind. Manche Schulen sind beispielsweise beim Thema „Inklusion“ deutlich weiter als andere. Das hat ganz unterschiedliche Gründe, und es gibt sehr unterschiedliche Fortbildungsbedarfe. Man muss also schauen, auf welchem Stand die Schulen sind. Auf der anderen Seite muss man aber auch schauen, wie man Fortbildungen so aufstellen kann, dass sie nachhaltig und wirksam ist. Das ist entscheidend.

Harald Willert (Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e. V.): Ich teile diese Ansicht weitgehend. Unter Lehrerinnen und Lehrern ist der Bedarf an schulrechtlichen Grundlagen kaum nennenswert. Ich bin persönlich allerdings der Meinung, dass dieser Bedarf vor dem Antritt des Amtes geklärt werden sollte. Denn ein Beamter sollte eigentlich wissen, in welches System er sich begibt. Das kann keine beliebige Fortbildungsfrage sein, sondern es gehört woanders hin. Ein böses Beispiel – bis hin zu Schulleitern; ich sage hier nicht „Kolleginnen und Kollegen“ – ist, dass man gar nicht weiß, dass man sich als Person in der eigenen Rolle im Beamtenrecht bewegt. Da sehe ich den Bedarf also wie Frau Finnern.

Den Schwerpunkt des Bedarfs sehe ich auf Dauer – mittelfristig und langfristig – immer mehr in der Schulentwicklung, weil unsere Schulen sich – wie auch die Gesellschaft – wahrscheinlich noch mit zunehmender Geschwindigkeit entwickeln werden. In der Zukunft müssen Digitalisierung, Inklusion und welche Themen auch immer relevant werden – ich kann sie heute noch nicht benennen – im Auge gehalten werden. Deswegen würde es mich etwas stören, zu sehr auf die Digitalisierung abzustellen, die im Moment allerdings aufgrund der Situation rund um Corona ganz kurzfristig Priorität haben muss. Das muss bedient werden, weil es notwendig ist.

Wenn wir aber über Entwicklung sprechen: Im Antrag heißt es ja „zeitgemäß und passgenau weiterentwickeln“. „Zeitgemäß“ bezieht sich vielleicht auf das, was heute, in diesem Jahr, im nächsten Jahr gebraucht wird, und in Kombination mit „passgenau“ heißt das, dass mittelfristig und vielleicht auch etwas langfristiger bedacht werden muss, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein etwa 70 Jahre altes Schulsystem haben, in dem es einen einzigen Paradigmenwechsel gab. Und an diesem leiden wir, wie Frau Finnern sagte, heute noch immer.

Frank Rock (CDU): Die Diskussion in die verschiedenen Bereiche hinein ist heute schon sehr erkenntnisreich. Das eine oder andere muss ich, der ich ja auch Pädagoge bin, auch für mich selbst noch einmal reflektieren. Ich denke zum Beispiel an die Anmerkungen von Frau Weisband. Ich habe als Schulleiter selbst auch Unterrichts- und Fortbildungsplanung gemacht, und ich glaube, manchmal müsste man etwas differenzierter hinschauen.

Auf der einen Seite haben wir also das große Thema „Schul- und Unterrichtsentwicklung“. Das kann man nur gemeinsam mit dem Kollegium machen; denn die Unterrichtsentwicklung für einzelne Personen im Kollegium ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Dieser ganze Bereich ist ganz wichtig.

Wir dürfen bei der Diskussion zur Fortbildung meiner Meinung nach aber auch die individuelle Fortbildung nicht aus den Augen verlieren. Ein Tagesseminar kann die individuelle Lehrerpersönlichkeit stärken.

Entscheidend wird für uns sein, wie wir beides planen können, aber vor allem die Schul- und Unterrichtsentwicklung. Sie ist maßgebend für den Erfolg der Schülerinnen und Schüler.

Maßgeblich wird sein, wer das übernimmt. Wer macht die Planung? Und wer setzt es um? Frau Finnern und Frau Deimel, ich teile nicht Ihre Meinung, dass dieser Paradigmenwechsel bei den Schulen für Verunsicherung gesorgt hat – im Gegenteil. Wenn man mit den Kompetenzteams intensiv gesprochen hat, hat man auch gute Angebote bekommen. Ich möchte die Kompetenzteams auch nicht so strukturell kritisieren, wie Sie es getan habe; denn ich glaube, dass es da fähige Leute gibt. Dasselbe gilt für die Planung.

Wir müssen schauen, wer letztendlich die Moderation macht. Ich möchte meine Frage daher an die Herren aus der Hochschule richten. Hochschule bzw. Universität bilden einen Pool, der zwar existiert, aktuell aber nicht so sehr genutzt wird. Dort gibt es auch Expertise. Wie können wir die Moderatoren in Zukunft so ausbilden, dass sie gerade im Bereich der Schul- und Unterrichtsentwicklung fit sind?

Ich habe immer gesagt: Die QA als Instrument der Überprüfung müsste meiner Meinung nach viel stärker in die Schulbegleitung integriert werden. Dort gibt es fähige Leute, die Schul- und Unterrichtsentwicklung über einen gewissen Zeitraum begleiten können.

Ich bedanke mich da auch bei Frau Weisband. Natürlich ist Schulentwicklung nicht eine Sache einer Fortbildung, sondern sie muss über mehrere Jahre begleitet werden. Ansonsten entwickelt sich Schule nicht.

Meine Frage an die Hochschulen lautet also: Welche Qualifikationen brauchen die Moderatoren, um den Prozess gut zu entwickeln?

Prof. Dr. Dieter Gnahs (Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Berufs- und Weiterbildung): Wir haben im Gutachten angesprochen – das habe ich vorhin vergessen –, dass die Fortbildner professionalisiert werden sollten. Eine der herausragenden Ideen ist dabei, dass ein eigener Studiengang eingerichtet wird, sodass es dann sozusagen eine Fachkraft für Lehrerfortbildung gibt, die aus diesem Abschluss hervorgeht. Das ist die weitestgehende Lösung, die dann natürlich eine andere Professionalität, einen anderen Status für diese Personen vermittelt.

Das andere ist, dass man – jedenfalls in den Untersuchungen, die ich ausgewertet habe – festgestellt hat, dass Lehrkräfte in eine Art Tagesroutine zurückfallen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der Lehr- und Unterrichtsforschung wenig berücksichtigen. Dafür kann man Verständnis haben; das gilt in ähnlicher Weise sicherlich auch für andere Berufe. Dort wird dann aber versucht, es anders zu organisieren.

Die Zusammenarbeit von Forschern, die diese Forschungsprozesse begleitet haben, mit den Lehrenden steht hier im Fokus. Die Lehrenden würden dann abwechselnd einen Input aus Fortbildungen bekommen und diese Fortbildungsformate, wie ich sie vorhin skizziert habe, in der Klasse ausprobieren. Dieses Ausprobieren melden sie dann wieder zurück. Es wäre also eine Sequenz von Aktivitäten. Dann kann man das gut transportieren. Rein theoretisch zu sagen: „Wir halten einen Vortrag, in dem die neuesten Erkenntnisse aus der Unterrichtsforschung präsentiert werden“, ist überwiegend Schall und Rauch. Es muss dann schon in ein Format, wie ich es gerade skizziert habe, einbezogen werden. Dann sind die Voraussetzungen gut.

Die dritte Möglichkeit, die natürlich jetzt schon besteht und die auch schon jetzt genutzt wird, ist, dass Hochschullehrer, die einschlägiges Wissen mit in die Fortbildungsaktivitäten bringen, einbezogen werden. Oder es wird in die Hochschulen eingeladen. Diesen Weg gibt es schon, aber die beiden anderen Möglichkeiten sind noch unterentwickelt – insbesondere die erste.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung): Ich finde es sehr begrüßenswert, dass die Universitäten überhaupt mit eingebunden werden. Das ist derzeit noch Mangelware bzw. fast gar nicht vorhanden. Aus meiner Sicht besteht hier dringender Nachholbedarf.

Sie haben nach Kompetenzen gefragt. Ich sehe im Prinzip zwei wichtige Kompetenzen für Moderatorinnen und Moderatoren. Das eine ist sicherlich die Kompetenz, Theorie, Praxis und Empirie miteinander zu verbinden. Wenn man mit Studierenden arbeitet, merkt man jeden Tag, dass das weiß Gott nicht leicht ist. Bei gestandenen Praktikerinnen und Praktikern ist es sicherlich noch viel schwerer, dafür zu begeistern, dass auch aus Theorie und Empirie ganz tolles Anwendungswissen entstehen kann. Diese Kompetenz ist nicht jedem sofort gegeben, weshalb man sie ein Stück weit sicherstellen muss.

Der zweite Punkt, den ich extrem wichtig finde – Herr Gnahs, Sie haben es schon ein bisschen angedeutet –, ist ein Befund, der in der Wissenschaft sehr deutlich ist: die Wirksamkeit von Feedback sowohl auf das Lernen als auch auf die Motivation. Es gibt eigentlich nichts Motivierenderes als ein Verlaufsfeedback. Wenn ich das in Organisationsentwicklungsstrukturen denke: Wir brauchen Fortbildnerinnen und Fortbildner, die den Lehrkräften, die fortgebildet werden, ein Verlaufsfeedback geben können. Das gilt sowohl die Schüler betreffend – ich halte es für eine sehr gute Idee, sich dort Feedback zu holen – als auch für viele andere Ebenen, um zu sehen, wie wirksam das ist, was man tut.

Eine Moderatorin oder ein Moderator einer Fortbildung muss diese zweite Kompetenz erst einmal aufbauen, sodass überhaupt mit Instrumenten wie einem Verlaufsfeedback gearbeitet wird.

Eine dritte Sache: Was ich inhaltlich zurzeit überhaupt nicht abgebildet sehe, ist etwas, was im Neunten Schulrechtsänderungsgesetz – da war ich einer derjenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben – vorkam. Damals wurden 10 Millionen Euro für die Implementierung von multiprofessionellen Teams angekündigt. Das wurde groß angekündigt, es ist aber tatsächlich irgendwie versackt.

Das heißt, wenn wir etwas lernen wollen und Schule neu aufstellen wollen, dann brauchen wir auch Moderatorinnen und Moderatoren, die diesen Gedanken der Multiprofessionalität in irgendeiner Art und Weise den Lehrkräften vermitteln und in die Schulen hineintragen. Das halte ich für extrem wichtig. Spricht man über Inklusion, ist einer der Grundbefunde der Inklusionsforschung, dass Multiprofessionalität wichtig ist. Wir müssen das auch in der Anlage der Fortbildungen so einrichten.

Franziska Müller-Rech (FDP): Wir haben jetzt schon viel über Fortbildungen zur Digitalisierung gehört: Wie können wir Lehrkräfte so aufstellen, dass sie ihren Unterricht an digitale Lernmethoden anpassen können?

Ich möchte einen anderen Aspekt näher beleuchten: Wie können wir auch Lehrerfortbildungen digital durchführen? Insbesondere, wenn es so ist, dass eintägige Veranstaltungen eher weniger von Erfolg gekrönt sind – Herr Professor Gnahs, Sie sprachen davon –, dann könnten Möglichkeiten, wie man sie vielleicht aus der freien Wirtschaft kennt, eine Rolle spielen. Man könnte beispielsweise mit einem Blended Learning arbeiten, indem man eine Kickoff-Veranstaltung macht und sich dann selbst etwas erarbeitet. Das würde auch Flexibilität bieten. – Frau Deimel, Sie hatten sehr eindrücklich dargestellt, wie schwierig es ist, Fortbildungen in den Lehreralltag einzubauen; insbesondere dann, wenn die Lehrkräfte an einer Schule mit besonderen Herausforderungen arbeiten.

Vielleicht könnten solche Blended-Learning-Angebote und ein Schritt in Richtung Digitalisierung auch eine Hilfe für spezielle Fortbildungsangebote sein, beispielsweise für spezielle Zertifikatskurse, bei denen man ansonsten darauf warten muss, dass genügend Leute im Land zusammenkommen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie Stellung dazu nehmen könnten, ob das vielleicht auch eine Idee für die Zukunft wäre. Frau Deimel, Herr Palm und Herr Willert, wie schätzen Sie das ein?

Anne Deimel (Verband Bildung und Erziehung NRW): Ich sage einfach mal Ja. Natürlich kann ich mir das vorstellen. Auf dem Markt wird sich noch viel entwickeln, und wir erleben auch jetzt schon, wie gut Webinare angenommen werden. Teilweise gibt es ja auch schon Fortbildungen, bei denen man sich gemeinsam in einem Chatroom rückgekoppelt, dann alleine arbeitet und sich dann wieder rückkoppelt. Da ist viel denkbar.

So, wie es in Schule sein wird, wird es, denke ich, auch in der Lehrerfortbildung sein: Die Mischung macht's. Es gibt Themen und Phasen innerhalb von Themen, bei denen die persönliche Anwesenheit in einem Raum besser ist, genauso gibt es aber auch viele Dinge, die man digital erledigen kann. Wir können uns darauf freuen, diesen Prozess zu begleiten. Das ist sehr spannend.

Es darf nicht in eine Art Stressphänomen ausarten, aber es gibt natürlich Möglichkeiten, die man sich genau ansehen sollte. Die guten sollte man auch nutzen.

Lothar Palm (LVR-Zentrum für Medien und Bildung, Medienberatung NRW): Ich möchte genauso einleiten wie Sie, Frau Deimel: Ja, unbedingt! Im Hinblick auf Blended-Learning-Formate ist es ganz wichtig, dass wir sie bedarfsgerecht anbieten und prüfen, wo die Vorteile beider Formate liegen. Bei vorherigen Fragen haben wir es auch schon gehört: Präsenzveranstaltungen bieten immer noch einen Mehrwert. Die muss es weiterhin geben. Auf der anderen Seite können wir aber auch orts- und zeitunabhängig miteinander arbeiten.

Ich betone hier das Miteinander. Es war eine unglaublich agile Phase, die wir aktuell in Schule erlebt haben. Die Kolleginnen und Kollegen haben sich mit unglaublich viel Engagement auf den Weg gemacht und Erfahrungen gesammelt. Irgendwann haben sie festgestellt, dass es – Frau Weisband hat es angesprochen – nicht immer funktioniert, ihre analogen Strukturen aus der Präsenzveranstaltung in eine digitale Struktur zu überführen. Das liegt in der Natur der Sache. Man musste sich mit der Technik auseinandersetzen, und man hatte unterschiedliche Angebote.

In den letzten Wochen kristallisiert sich aber heraus, dass wir genau mit einer Kombination von Präsenzveranstaltungen und digitalen Veranstaltungen durchaus einen Mehrwert schaffen können. Wir müssen ganz genau hinschauen, wo wir das leisten können.

Ein weiterer Punkt, den ich anführen möchte: Wo sitzt die Expertise dafür im Land? Herr Rock, Sie haben gesagt, dass Sie in der Kommunikation mit den Kompetenzteams sehr wohl festgestellt haben, dass dort Wissen und Expertise dazu vorhanden sind, wo Schulen vereinzelt Fortbildner finden können, die Schulen systematisch begleiten. Diesen Punkt müssen wir aufgreifen. Wo sind die Leute, die das System inhaltlich qualitativ befüllen können? – Die gibt es größtenteils schon. Wir müssen auch Externe und Universitäten in diese Prozesse mit einbinden. Ich glaube sehr wohl, dass

man über kurz oder lang über Blended-Learning-Formate mit unterschiedlicher Staffe- lung – mehr oder weniger Präsenz – Prozesse anstoßen kann, die die Unterrichtsquali- tät bereichern können und die durchaus auch zu einer Motivation der Lehrkräfte führen können, an Fortbildungsformaten teilzunehmen. Das sollte unbedingt weiter im Blick gehalten und gefördert werden.

Jetzt geht es darum, die Zeit zu nutzen und zu schauen, wie wir die Formate möglichst breit aufstellen können, um viele Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu erreichen. Denn es handelt sich ja um ein unglaublich heterogenes Feld, angefangen bei den unter- schiedlichen Schulformen bis hin zu den individuellen Voraussetzungen der Kollegen. Da geht es beispielsweise um Bedienungskompetenz oder um die Installation von Technik-Scouts in Schulen, die zum Beispiel helfen, ein Videokonferenzsystem in Gang zu bringen.

Es ist also sehr breit gefächert, und ich bin der Meinung, das bietet eine sehr große Chance, die wir nutzen müssen und sicherlich auch werden.

Harald Willert (Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e. V.): Frau Müller- Rech, ich vermute, dass Ihre Frage sich nicht allein auf die Digitalisierung bezog, son- dern auf Fortbildungsentwicklung insgesamt. Mit den Coronafolgen wurde uns etwas aufgetischt, was uns die Möglichkeit gibt, neu anzufangen und uns neu aufzustellen. – Wir haben die Rolle der Moderatoren besprochen.

Ich möchte noch auf zwei Arten von Fortbildungen zu sprechen kommen: auf der einen Seite schulinterne Fortbildungen, an denen nur Lehrerinnen und Lehrer oder Mitarbei- tende einer Schule – das kann darüber hinausgehen – teilnehmen und auf der anderen Seite Fortbildungen, in denen Gruppen von Personen zusammenkommen, die sich vorher nicht kannten und sich thematisch zusammenfinden.

Punktuelle Fortbildungen haben in der Regel kaum eine Wirkung. Das bedeutet: Für Schulen, aber auch für Einzelpersonen muss je nach Thema überlegt werden, was das eigentliche Ziel ist und welcher Weg dorthin führen kann. Dieser Weg kann heute mit Lehrerteams sowohl durch Präsenzveranstaltungen in der Schule oder wo auch immer als auch durch digitales Zusammentreffen, durch Arbeitsaufgaben und Mög- lichkeiten der Erprobung und Rückmeldung gestaltet werden. Aufgrund der digitalen Mög- lichkeiten ist das heutzutage viel einfacher, als es bisher bei Veranstaltungen wahrge- nommen wurde, die mit beispielsweise fünf Präsenzterminen viel mehr fordern.

Präsenzveranstaltungen müssen immer bleiben, weil das Vertrauen und der Blick in die Augen einfach dazugehören. Da werden Dinge vermittelt, die wir über den Bild- schirm einfach nicht so gut herüberbringen können.

Damit komme ich zu einer Fragestellung, die zuvor schon einmal angesprochen wurde. Wir brauchen auch Leute, die Menschen finden oder ausbilden, die diese Pro- zesse erst einmal planen bzw. vorplanen können. Sie müssen sie mit sicheren Zielset- zungen abstimmen und vor allen Dingen begleiten. Wir brauchen nicht nur Moderato- ren im alten Sinne, sondern wir brauchen eigentlich moderierende Prozessbegleiter. Denn Wirksamkeit wird dann erzielt, wenn ein begonnener Prozess auch zu einem sichtbaren, fühlbaren, messbaren Abschluss geführt wird. Diese Formate sind im

Moment schon auf dem Weg, aber da gibt es noch ganz viele Entwicklungs- und Ausschöpfungsmöglichkeiten, die wir im Moment noch gar nicht alle sehen.

Jochen Ott (SPD): Ich komme jetzt noch mal zum Ausgangspunkt zurück. Wir haben zu Beginn über die Struktur gesprochen und sind dann zu den Inhalten übergegangen. Ich würde jetzt gerne noch mal zur Struktur zurückkommen.

Ich gebe zu, dass das Problem der Legislative häufig ist, dass sie zwar Dinge beschreiben kann, die operative Umsetzung dann aber natürlich in der Exekutive liegt. Ich möchte meine Frage an die beiden Professoren und an Maïke Finnen richten.

In dem Gutachten ist geschrieben worden, dass man entweder eine zentrale Einheit braucht, also vorzugsweise QUA-LiS, oder eben eine neue Einrichtung aufbauen soll. Dann ist eine Frage angesprochen worden, die ich vorhin salopp mit dem Hinweis auf die Dezernate 46 beschrieben habe. Da steht:

„Zunächst ist zu entscheiden, ob die bisherige Behördenstrukturierung in vier Ebenen [...] beibehalten wird.“

Das soll am Anfang geschehen, und Herr Professor Gnahs, Sie haben dann ausgeführt, dass Sie regionale Strukturen angesichts der Größe des Bundeslandes für angemessen halten. All das, was Sie zur Neuaufstellung gesagt haben, würde ja nur funktionieren, wenn jetzt damit begonnen wird, die Struktur klarzulegen, damit es sich sortieren kann, und Sie haben gesagt: Um es zu sortieren, bräuchte man einen Organisationsentwicklungsprozess – vorzugsweise gemeinsam mit den Betroffenen, aber auch durch Irritationen von außen.

Ich verbinde diese Zusammenfassung mit einer Nachfrage. Macht es vor dem Hintergrund der Diskussionen, die wir führen, Sinn, eine Struktur zu implementieren, in der wie in einem Unternehmen – der Vergleich hinkt natürlich ein bisschen, weil es natürlich nicht um diese finanziellen Ausstattungen geht – in den regionalen Strukturen im Sinne der Multiprofessionalität und der Expertise von außen Aufsichtsräte eingesetzt werden? – Sie haben, glaube ich, für NRW von bis zu zehn gesprochen.

Ich spinne das mal weiter. Es gäbe die zentrale QUA-LiS-Einheit die insgesamt verantwortlich ist und das Ganze für das Ministerium koordiniert, und es gäbe beispielsweise acht oder zehn regionale Strukturen, in denen die bisherigen unteren Ebenen zusammengefasst werden. Diese hätten wiederum neben dieser Struktur eine Beratungseinheit – ich nenne sie mal Aufsichtsrat –, in der von Medizinern über Hochschule bis zu Arbeitgebern verschiedene Gruppen zusammenkommen, die permanent eine Störung des internen Systems auslösen, weil sie einmal oder zweimal im Jahr die Programme, die dort entwickelt werden, von außen in ihrem Sinne stören.

Wäre das eine Möglichkeit, um uns aus unserer schulischen Welt etwas herauszuholen und den Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit zu geben, durch das Fortbildungsangebot einen weiteren Blick zu entwickeln? Oder kennen Sie eine Alternative, wie diese Störungen und diese Multiprofessionalität permanent erreicht werden können? Ich frage, weil ich über eine systemische Antwort nachdenke und nicht über eine alltägliche im jeweiligen Programm. Was muss man also strukturell systemisch anord-

nen? – Ich hoffe, ich konnte mich klar ausdrücken, Herr Professor Gnahs, Herr Professor Huber und Frau Finnern.

Prof. Dr. Dieter Gnahs (Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Bildungswissenschaften, Institut für Berufs- und Weiterbildung): Wir hatten, das muss ich direkt klarstellen, gesagt: Wir wollen eine zentrale Einheit, zum Beispiel QUA-LiS. QUA-LiS war also keine Präferenz, sondern es wäre eine Möglichkeit.

Dann ist von mehr als fünf regionalen Einheiten gesprochen worden. Das deutet, wie Sie wohl schon erkannt haben, darauf hin, dass die Bezirke nicht die Zwischeneinheit bilden, sondern es wären kleinere Einheiten. Dazu, wie man diese Gebiete zuschneidet, gäbe es verschiedene Möglichkeiten.

So wäre das Prinzip. Hinzu käme eine operative Ebene – so etwas wie Kompetenzteams –, aber man würde eine Ebene einsparen. Das wäre schon einmal ein Fortschritt.

Sie hatten dann die Anregung gemacht, die Irritation in Form eines Beirats herbeizuführen. Das halte ich prinzipiell für möglich. Dieser Beirat könnte auch in der Zentrale angesiedelt werden, mehr Sinn macht es aber vielleicht, es dezentral zu machen. Ich würde auf jeden Fall bei einer solchen Installation auch die Wirtschaft einbeziehen.

Sie hatten zuvor auch gesagt, ich übernehme die Rolle des Buhmanns. Das ist keinesfalls so. Ich habe zu der Sache zwei verschiedene Zugänge. Zum einen wertere ich die Befunde aus. Das spitze ich gerne zu; das ist richtig. Zum anderen gibt es den Vergleich unterschiedlicher Systemlogiken. Ich kenne die betriebliche Weiterbildung ganz gut, und wenn ich jetzt annehme, Lehrerfortbildungen seien auch eine Art betrieblicher Fortbildung, dann bin ich einfach etwas irritiert, weil die Wirtschaft und andere wirtschaftsnahe Systeme das Ganze anders organisieren.

Das ist aber produktiv gemeint. Ich sehe es auch so, dass es, wie von den Kollegen betont, ganz viele Initiativen gibt, aber es geht darum, dass man nicht abhängig ist von der Initiative eines Schulleiters oder eines Kollegiums und dass der Erfolg kein Zufall ist, sondern man ihn planbar macht.

(Jochen Ott [SPD]: Systemisch!)

Diese Bestrebungen spielen hier eine Rolle.

Ihre Anregung finde ich, wie gesagt, gut. Es könnte in diesem Prozess, der extern angeleitet laufen sollte, ein Element sein, so einen Beirat zu bilden. Das wäre keine neue Hierarchie, sondern das wäre einfach nur eine Zuordnung. Das fände ich auf den ersten Blick nicht kontraproduktiv.

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung): Ich möchte versuchen, ein bisschen zu ergänzen und vielleicht auch noch ein bisschen schärfer zu formulieren. Es gibt in der Wissenschaft die schöne Tradition des Peer-Reviews bzw. des Editorial Boards bei der Herausgabe einer Zeitschrift. Das heißt, dass im Prinzip erst einmal nichts veröffentlicht werden kann, was nicht vorher ein paar Schleifen durchlaufen hat, um es zu optimieren. – Wir erleben allenthalben –

gerade in der Coronazeit –, dass Studien herausgegeben werden, die sozusagen noch nicht ganz gar sind.

Ich würde dafür plädieren, etwas Ähnliches auch hier einzurichten. Ein wissenschaftlicher Beirat wäre mir an dieser Stelle also fast noch ein bisschen zu schwach – nach dem Motto: Wir hören uns den Beirat mal an, schauen aber, dass wir es irgendwie an ihm vorbeimogeln.

Das würde ich ungern sehen, sondern es dann wirklich konsequent machen. Ich würde sagen: Wir brauchen, im übertragenen Sinne, eine Art Peer-Review, sodass bestimmte Konzepte wirklich erst dann veröffentlicht werden, wenn ein Einigungsprozess zwischen den Vertreterinnen und Vertretern aus Praxis, Wissenschaft und meinetwegen auch Wirtschaft abgeschlossen ist. Man könnte also versuchen, einen Peer-Review-Prozess zu etablieren, der wirklich nicht nur eine Mogelpackung ist oder nur Symbolcharakter hat, sondern der wirklich Einfluss hat. Dann kann etwas daraus werden, was tatsächlich die Qualität über längere Zeiträume hinweg sichern könnte.

Ich weiß nicht, ob ich etwas dazu sagen möchte, wie viele Ebenen es sein sollten. Ob es nun zwei, drei, vier oder fünf Ebenen sein sollen, ist unheimlich schwierig einzuschätzen.

Was ich aber vermeiden würde, wäre, fünf verschiedene wissenschaftliche Beiräte einzurichten, von denen jeder aus einer anderen Tradition heraus berät. Dann kommen wieder nach Schulregion verschiedene Entwicklungslinien zustande, die das Schulsystem durchlaufen muss. Eher würde ich für einen Beirat oder ein Peer-Review-Board plädieren, welches eher zentral angelegt ist, damit die Entwicklung im Land gleich verläuft.

Maïke Finnern (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband NRW):

Daran lässt sich ganz gut anschließen. Ich würde diesen Beirat auch eher bei einer zentralen Stelle sehen. Ich meine auch, das QUA-LiS so eine zentrale Stelle sein kann – wie auch immer man das letztlich ausgestaltet. Ich glaube sehr wohl, dass wir so eine zentrale Stelle für das, was bisher in unterschiedlichen Beiträgen genannt worden ist – Steuerung, Professionalisierung, Schwerpunktsetzung, Bedarfe der Lehrerinnen und Lehrer im Alltag –, brauchen. In einem solchen Beirat ließe sich meinem Verständnis nach das, was letztlich an zentralen Ideen durchgeführt wird, planen, vorbereiten und ausprobieren. Das kann nicht vor Ort und in unterschiedlichen Bereichen geschehen, sondern es muss wirklich an einer solchen zentralen Stelle passieren.

Ich würde allerdings davon abraten, die darunterliegenden Strukturen zu zerschlagen. Ich bin da vorhin auch falsch verstanden worden: Ich lehne die Kompetenzteams gar nicht ab, sondern in ihnen gibt es sehr wohl gute Leute. Die Frage ist ja nur: Wie bekommt man die Leute dorthin? Wie werden sie professionalisiert? Wie können sie Fortbildungen anbieten – wir haben die Hattie-Studie usw. angesprochen –, die nachhaltig und sinnvoll sind?

Man darf außerdem unsere Behördenstruktur nicht außer Acht lassen. Wir haben die fünf Bezirksregierungen, und Lehrerinnen und Lehrer sind diesen Bezirksregierungen zugeordnet. Wenn wir jetzt Strukturen außerhalb dieser fünf Bezirksregierungen

schaffen, wird es schwierig mit den dienstlichen Zuständigkeiten. In der Praxis ist es einfach so, dass die Fortbildungen über die Bezirksregierung stattfinden. Auch Zertifikatskurse finden über die Bezirksregierung statt. Ich kann als Lehrerin aus Dortmund keinen Zertifikatskurs machen, der zum Beispiel von der Bezirksregierung in Düsseldorf angeboten wird. Das geht nicht.

Diese Strukturen gibt es, und die Fortbildungen von diesen Strukturen zu trennen, halte ich in der Praxis für nicht wirklich sinnvoll, weil dann eine Parallelstruktur entsteht, die dann auch wieder zusammengeführt und mit den Fortbildungsdezernaten abgeklärt werden muss. Ich bin also der Meinung: Man sollte eine solche Steuerungseinheit wie QUA-LiS – oder wie auch immer man sie nennt – beibehalten, gerne mit einem Beirat, der mit Externen in so einer Art Thinktank zum Beispiel berät, wie man Fortbildungen entwickeln kann. Dann gilt es, zu schauen, wie die Bezirksregierungen mit ihren Fortbildungsdezernaten arbeiten können, wie Kompetenzteams vor Ort arbeiten können, wie man die Professionalisierung gewährleisten kann, wie man ein System hinbekommt, in dem die Fortbildungen überall gleich sind und nicht davon abhängen, welche Vorlieben oder Kompetenzen bestimmte Menschen vor Ort haben.

Ich würde also davon abraten, von den vorhandenen Strukturen abzuweichen, sondern eher sagen, dass wir diese Strukturen ausbauen, professionalisieren und anders aufstellen müssen.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich möchte einige Stichpunkte aufnehmen. Ich habe in der gesamten Debatte das Gefühl, dass wir in mancher Hinsicht von einem Schubladendenken wegkommen müssen. Das ist auch so, wenn man sich die Strukturen ansieht. Ich erlebe die Bezirksregierungen vielfach überlastet. Wir sprechen hier viel über die Belastung in Schulen, aber auch Bezirksregierungen haben in ihren Zuständigkeiten viel zu managen.

Ich möchte bei der Idee des Boards ansetzen und einen Punkt aufgreifen, der von Frau Finnern und Frau Deimel starkgemacht worden ist: die Multiprofessionalität. Das heißt, diese Mittel müssen erst einmal auch geöffnet werden. Sie sind dann nicht mehr nur für Lehrkräfte gedacht, sondern auch für die Sozialpädagoginnen im Dienst und die Inklusionsbegleitung. Wir brauchen auch eine Klärung der Rollen, ein Verständnis der Rollen untereinander und entsprechende Fortbildungen. Diese Mittel müssen also unter Umständen auch für Personen geöffnet werden, die unterschiedliche Anstellungsträger haben – beispielsweise die Schulsozialarbeit und alles, was damit zu tun hat. Auch da muss man sich von dem Schubladendenken lösen.

Ich möchte dazu Herrn Professor Huber, Herrn Palm und Frau Weisband eine Frage stellen. Ich glaube, dass wir auch über die Schublade der Universitäten hinaus in Richtung der Fachhochschulen und der dortigen Professionen denken müssen. Es geht darum, ein Expertinnennetzwerk zu haben – auch in Verbindung mit externen Expertinnen –, die ein entsprechendes Angebot bereitstellen können, um Multiprofessionalität auf eine ganz andere Art und Weise abbilden zu können. Deswegen wäre es gut, wenn es gelänge, in Nordrhein-Westfalen ein solches Expertinnennetzwerk zu installieren, welches über die Prozesse, die Sie beschrieben haben, Herr Huber – Peer-Review, Onlineformate usw. – wirksam werden und erreichbar sein kann. Dann wäre

es ganz egal, ob es sich um eine Grundschule in der Eifel oder um eine Gesamtschule in Bochum handelt, sondern es geht darum, diesen Zugriff zu haben.

Darüber, wie es dann organisiert wird – ob es noch über die Bezirksregierung abrufbar ist oder über andere Strukturen –, muss man miteinander reden. Wir haben um die 6.000 Schulen. Da bei den momentanen Bedarfen die nötige Expertise anzubieten, ist schon ein Kunststück.

Die Frage ist also: Wie kann es gelingen, eine Vernetzung herzustellen, die unterschiedlichen Professionen einzubinden und diesen gerecht zu werden? Ich glaube, dass das eine große Herausforderung ist und man bestimmte Strukturen einfach neu denken muss. Wie schätzen Sie das ein?

Prof. Dr. Christian Huber (Bergische Universität Wuppertal, Institut für Bildungsforschung): Ich versuche, so gut es geht, eine Antwort darauf zu finden. Ich stimme Ihnen zu 100 % zu, dass wir nicht so tun können, als ob Lehrkräftefortbildung das zentrale Ziel ist, sondern wir müssen wirklich breiter denken. Dieser Aspekt ist in der Diskussion bisher noch nicht so explizit angesprochen worden. Wir können nicht anfangen, über Inklusion zu reden, wenn wir nicht beispielsweise die Schulsozialarbeit und die Schulpsychologie mit einbeziehen. Das muss breiter werden.

Und worin ich Ihnen auch zustimme: Diese Multiprofessionalität muss sich auch bei den Expertinnen und Experten in einem übergeordneten Gremium abbilden. Hier muss man – das wäre die dritte Zustimmung – nicht nur die Universitäten, sondern auch die Fachhochschulen einbeziehen. Denn wo wird Schulsozialarbeit denn studiert? – An der Fachhochschule. Dort sind auch diejenigen, die Theorie-Praxis-Verknüpfungen herstellen können. Die sind auch gefragt.

Das heißt, in der Quintessenz führt das meiner Ansicht nach dazu, dass wir die multiprofessionelle Struktur, die wir in den Schulen haben wollen, auch in einem übergeordneten Expertinnengremium abbilden müssen, und zwar eins zu eins. Ich würde auch für meine Expertise – ich komme aus der Sonderpädagogik – nicht sagen, dass ich für einen Schulsozialarbeiter das Curriculum stricken kann. Das würde ich nicht machen, und das ist auch unprofessionell. Wir müssen diese Professionsstrukturen also abbilden und für Multiprofessionalität auf allen Ebenen sorgen.

Lothar Palm (LVR-Zentrum für Medien und Bildung, Medienberatung NRW): Ich versuche, es einzuordnen. Der erste wichtige Schritt ist, wie vielfach schon beschrieben, alle Akteure in diesem wirklich sehr breit aufgestellten Fortbildungsprozess an einen Tisch zu bekommen. Alle müssen miteinander reden und sich darüber einig werden, über bestehende Strukturen nachzudenken und sie vielleicht auch aufzulösen. Jegliche Innovation, jegliche Weiterentwicklung bedingt natürlich auch, dass Gewohntes an der einen oder anderen Stelle aufgegeben werden muss.

Vielleicht schließt sich jetzt der Kreis zu der Frage, die vorhin gestellt wurde. Wenn wir bisher über eine Bezirksregierung Fortbildungen anbieten – Sie haben das in Ihrer Einleitung auch gesagt –, in einer anderen Bezirksregierung eine solche Fortbildung aber nicht möglich ist, sie aber in Form eines Blended-Learning-Formats bzw. digitalen

Formats abzubilden ist, muss vielleicht darüber nachgedacht werden, wie wir die Bedarfe, die in einem sehr großen Land bestehen, decken können. Wie können wir über die bestehenden Strukturen hinaus damit umgehen?

Wichtig ist in einem ersten Schritt, dass alle sich gemeinsam diesem Ziel und dieser Verantwortung stellen und miteinander reden, um das Bestehende in eine neue Form umzusetzen.

Marina Weisband (politik-digital e. V.): Ich bin der Meinung, dass hier einige wichtige Punkte zusammenkommen. Gerade die Digitalisierung ermöglicht uns, die NRW-weite Lehrer*innenfortbildung ganz anders zu denken. Wir können jetzt zentraler handeln und Inhalte, die wir erstellen, und sogar Seminare, die wir geben, nicht nur regional, sondern ganz breit anbieten, weil wir im Prinzip eine unbegrenzte Zahl potenzieller Teilnehmer*innen haben – zumindest für die Teile, die keine persönliche Arbeit miteinander erfordern.

Für alles andere wäre die dezentrale Struktur wichtig. Sexy ist eine zentrale Struktur ja gerade, weil sie die Möglichkeit bietet, Menschen aus verschiedenen Anstellungsverhältnissen und verschiedenen Regionen zusammenzubringen und Mittel zu bündeln, die nicht an bestimmte Anstellungsverhältnisse oder Zuständigkeiten, sondern an Bedarfe gekoppelt sind.

Ganz konkret bedeutet das: Ich bin der Meinung, dass diese zentrale Stelle einerseits eine Zertifizierung von externen Akteur*innen leisten müsste. Das heißt, sie verteilt Mittel an die Akteur*innen, die aus ihrer Sicht sowohl den qualitativen Ansprüchen als auch den Bedarfen der Lehrer*innenfortbildung entsprechen. Diese werden sozusagen mit einem Gütesiegel und mit Mitteln ausgestattet, und sie können Fortbildungen anbieten.

Das andere, womit wir sehr gut arbeiten können, wäre eine Art Expert*innendatenbank. Angesichts der schnell wechselnden Themen in der Welt bietet es sich an, Möglichkeiten zu bieten, dass man beispielsweise zum Thema „Radikalisierung und Islamismus“ jemanden wie Ahmad Mansour an die Schule einladen kann. Zu anderen Themen könnten Vereine eine Rolle spielen, die sich mit Zukunftsentwicklung, Klimawandel usw. beschäftigen.

Es gibt diese wechselnden Themen, und es ist immer wieder notwendig, Lehrer*innen aktuellen Input zu geben, damit sie Schüler*innen wiederum in ihrer aktuellen Lebenswelt abholen können. Dafür wäre eine zentrale Datenbank in NRW, in der man Anbieter*innen und Bedarfe zusammenbringt, eigentlich sehr gut geeignet.

Allerdings muss ich auch ein wenig Wasser in den Wein gießen. Digitalisierung kann die Lehrer*innenfortbildung flüssiger und das Angebot breiter, reicher und nachhaltiger machen. Absolut. Das tut sie aber nicht von alleine, sondern Digitalisierung ist nur der große Verstärker. Sie verstärkt die Tendenzen, die sowieso schon vorhanden sind. Sie kann selbstständiges, projektorientiertes, selbstmotiviertes Lernen verstärken, sie kann aber auch Überwachung und Kontrolle verstärken. Deshalb ist es ganz entscheidend, wie das Konzept in NRW angelegt wird und nach welchen Kriterien es sich richtet.

Das Expertenpapier ruft völlig zu Recht nach Monitoring und Feedback. Wir brauchen Daten wie zum Beispiel Teilnehmerzahlen. Hier gibt es aber einen Punkt, bei dem ich zu Vorsicht mahnen will. Wenn wir Daten erheben, beobachten wir damit nicht nur passiv, sondern wir schaffen Fakten und beeinflussen einen Prozess. Wir beeinflussen den Entwicklungsprozess.

Ich kenne zum Beispiel große Organisationen, die Fortbildungen anbieten, in letzter Zeit aber keine Onlineseminare geben und YouTube-Videos mehr produzieren, obwohl diese sehr gefragt waren. Denn sie können nicht nachweisen, wie viele Teilnehmer*innen teilgenommen haben. Da aber die Gelder intern nach Teilnehmerzahlen vergeben werden, ist völlig unklar, wie ein kreatives Konzept wie ein Video, ein Onlineseminar oder sogar Memes abgerechnet werden können und wo es sich in den Strukturen des Qualitätsmanagements wiederfindet. Das bedeutet: Wir brauchen ein Qualitätsmanagement, das Raum für Formate lässt, in denen wir diese Kennzahlen nicht ganz klar erfassen können.

Vorsitzende Kirstin Korte: Vielen Dank für Ihre Beiträge. Besteht der Bedarf einer weiteren Fragerunde? – Das ist nicht der Fall.

Ich danke den Sachverständigen hier im Saal und Frau Weisband über den Livestream für die vielen Informationen, die Sie uns heute in sehr angenehmer Art und Weise zuteilwerden ließen.

Das Protokoll des Sitzungsdokumentarischen Dienstes wird uns bis zum 10. August vorliegen, und wir würden uns dann am 19. August mit der Auswertung der Anhörung befassen.

Ich danke Ihnen noch einmal für Ihre Anwesenheit und wünsche Ihnen eine entspannte Sommerzeit – in welchem Rahmen auch immer. Ihnen allen einen schönen Feierabend.

Danke auch an den Sitzungsdokumentarischen Dienst und an die Technik – das hat wieder wunderbar geklappt.

Bis zum nächsten Mal. Auf Wiedersehen.

gez. Kirstin Korte
Vorsitzende

Anlage

29.07.2020/31.07.2020

73

Stand: 29.07.2020

Anhörung von Sachverständigen
Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung

Die Lehrerfortbildung zeitgemäß und passgenau weiterentwickeln

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7763

17. Juni 2020,
13.30 Uhr, Plenarsaal, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen Maike Finnern Essen	Maike Finnern Mischa Meier	17/2774
Schulleitungsvereinigung Nordrhein-Westfalen e.V. Harald Willert Düsseldorf	Harald Willert	17/2776
Johannes Kepler Universität Linz Herbert Altrichter Linz, Österreich	<i>keine Teilnahme</i>	---
Verband Bildung und Erziehung NRW Stefan Behlau Dortmund	Anne Deimel	17/2775
Politik-digital e.V. Marina Weisband Berlin	Marina Weisband* <i>*) zugeschaltet per Videokonferenz</i>	17/2805
Bergische Universität Wuppertal Institut für Bildungsforschung in der School of Education Professor Dr. Christian Huber Wuppertal	Prof. Dr. Christian Huber	17/2750

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Sven Pachur Schulleiter Luisenrealschule Bielefeld	<i>keine Teilnahme</i>	17/2782
LVR-Zentrum für Medien und Bildung Lothar Palm Geschäftsführung Medienberatung NRW Düsseldorf	Lothar Palm	17/2791
Professor Dr. Dieter Gnahs Institut für Berufs- und Weiterbildung Fakultät für Bildungswissenschaften Universität Duisburg-Essen	Prof. Dr. Dieter Gnahs	17/2706

Weitere Stellungnahme

Deutsches Institut für Menschenrechte

17/2806